

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 3721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

König Albert gestorben.

* Leipzig, 20. Juni.

Dresden, 19. Juni. Se. Majestät der König sind heute abend 8 Uhr sanft entschlafen.

Witzschnell trug gestern abend kurz nach 8 Uhr der Telegraph die Kunde durch das Land: der König ist tot. Auf seiner schlesischen, vom letzten Braunschweiger Herzog ererbten Besitzung Sibyllenort, wo er wie alljährlich Erholung suchte, erkrankte König Albert und ist nun nach kurzen Krankheitslagern fern von seiner Residenz sanft entschlafen. Vor einigen Wochen wurde gemeldet, daß ein altes Leiden den König wieder an das Bett gefesselt habe. Ernsthafte Befürchtungen wurden an diese Meldung nicht geknüpft, war König Albert doch auch im vorigen Jahre an diesem selben Leiden erkrankt und bald wieder gesund. So hoffte man auch diesmal, der König werde genesen. Doch es kam anders. Bald wurden die Nachrichten erster. Es war weniger das alte Leiden, das den König heimgesucht hatte, die Würde des Greisenalters hatte sich fühlbar gemacht. Der plötzliche Witterungsumschlag der letzten Wochen, der plötzliche Uebergang der fast winterlichen Temperatur des Maien, der sonst als Sommermonat gepriesen wird, zu einer fast sommerlichen Temperatur im Juni wurde für den greisen Fürsten verhängnisvoll. Die Kunst der Ärzte hat König Albert nicht dem Leben zu erhalten vermocht und so hat er denn auch dem Allesgleichmacher Tod seinen Tribut entrichten müssen.

Schon während der kurzen Krankheit des Königs hat die gutgesinnte Presse den nun verstorbenen Fürsten in den hellsten Tönen gefeiert. Nun wird diese selbe Presse die Totenklage anheben um ein ruhmgekröntes Helden- und ein reichgesegnetes Herrscherleben, sie wird den großen Heerführer und die Tugenden des milden und weitschauenden Landesvaters rühmen, sie wird sagen von dem schweren Schlage, der das treue Sachsenvolk und die ganze deutsche Nation betroffen hat.

Wir wenden heute den Blick rückwärts und lassen die Geschichte reden.

König Albert, geboren am 23. April 1823, folgte am 29. Oktober 1873 seinem Vater, dem König Johann, in der Regierung nach, als eben erst das neue Deutsche Reich unter der Bismarckschen Blut- und Eisenpolitik entstanden war, das neue Deutschland, das die alte deutsche Vormacht Oesterreich von deutschen Bunde losgetrennt und der neuen Vormacht Preußen die unbestrittene Herrschaft im engeren deutschen Bunde überantwortet hatte. Waren zur Zeit des alten deutschen Bundes die deutschen Fürsten noch souveräne

Herrscher, die argwöhnisch über ihren Hoheitsrechten wachten, so sank ihr Ansehen je länger je mehr unter dem streng centralistischen System der neuen Ordnung. Eifersüchtig waren die Fürsten der deutschen Mittelstaaten auf die Wahrung ihrer landesherrlichen Rechte bedacht, mißtrauisch blickten sie auf das von dem Gewaltmenschen Bismarck konsequent in der Richtung auf ein preussisches Deutschland geleitete Preußen.

Als 1866 die Bankelmütigkeit der verfaulenden österreichischen Diplomatie, die sich eine Lösung der deutschen Frage nicht anders als im Metternichschen Geiste denken konnte, schließlich zu dem deutschen Bruderkriege führte, schlug sich Sachsen mit den übrigen deutschen Mittelstaaten zu Oesterreich. Sachsen bildete in diesem Kriege den Brellbock zwischen den beiden deutschen Hauptmächten, es war am meisten gefährdet. Unter der Führung des damaligen Kronprinzen Albert kämpften 23 000 Sachsen auf den böhmischen Schlachtfeldern. Einen Brief vom 20. Mai 1866 an den Oberbefehlshaber der österreichischen Nordarmee schloß der sächsische Heerführer, Kronprinz Albert, mit der „frohen Hoffnung“, bald unter dem bewährten Kommando und an der Seite der braven Armees Benedek's „für Recht und Gerechtigkeit, gegen Uebermut und Gewaltthätigkeit kämpfen zu können“. Aber nach wenigen energischen Schlägen des besser ausgebildeten und besser ausgerüsteten preussischen Heeres brach das alte System auf den Schlachtfeldern von Königgrätz zusammen. Durch den Prager Frieden wurde der neuen Entwicklung in Deutschland die Bahn geebnet. Preußen forderte damals die völlige Einverleibung Sachsens. So wankelmütig das österreichische Kabinett bis dahin gewesen war, in einem Punkte blieb es beharrlich. Oesterreich hatte dem König Johann, seinem treuesten Bundesgenossen, die Selbstständigkeit Sachsens verbürgt, und an diesem Punkte drohten die Friedensverhandlungen zu scheitern. Da Bismarck sah, daß Kaiser Franz Joseph seinen Bundesgenossen nicht im Stich lassen wollte und das dem König Johann gegebene Wort zu halten auf jeden Fall gewillt war, so gab er nach. Bismarck forderte aber nunmehr, daß Sachsen seine militärische Hoheit an Preußen abtrete, denn er wußte wohl, daß die militärische Macht die Souveränität in sich schließt. Wieder drohten die Verhandlungen zu scheitern. Oesterreich wollte Sachsen seine volle Selbstständigkeit gewahrt wissen und nur zugeben, daß Sachsen sich an einen Bund der deutschen Mittelstaaten angeschlossen. Diesmal blieb Preußen fest, und so kam es zur Gründung des Norddeutschen Bundes. Wie die schleswig-holsteinische Frage schließlich zum Kriege zwischen Preußen und Oesterreich geführt hatte, so führte notwendig die neue Wendung der Dinge zum Kriege Deutschlands gegen Frankreich. Und wie nach dem deutschen Bruderkriege der Nord-

deutsche Bund entstand, so entstand nach dem deutsch-französischen Kriege das neue Preußen-Deutschland. Die militärische Oberhoheit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten ging damit an Preußen über, die Souveränität der deutschen Bundesfürsten sank damit zum Schatten herab.

Wenn König Albert neben dem deutschen Kaiser nach ein gewisses Ansehen genoß, so deshalb, weil seine Person noch aus der alten Zeit des deutschen Bundes in die neue Zeit des preussisch-deutschen Reiches hineinragt. Wenn die letzten Fürsten der alten Zeit dahingegangen sein werden, wird auch die Bedeutung der deutschen Bundesfürsten bald völlig verblasen.

Sachsen hat sich wie die übrigen Bundesstaaten bald in die neue Ordnung der Dinge gefügt. Nachdem die deutsche Frage im Bismarckschen Sinne durch Blut und Eisen gelöst, nachdem dem tausendjährigen deutschen Dualismus ein Ende gemacht war, tauchte in dem geeinten deutschen Reich eine neue Frage auf: die sozialistische. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte in Deutschland namentlich durch den Milliardeusegen einen gewaltigen Aufschwung genommen. Mit dem mächtig aufstrebenden wirtschaftlichen Fortschritt nahm auch das Proletariat zu und wuchs allmählich zu einer gefürchteten Macht heran. Namentlich das hochindustrielle Sachsen stellte ein Hauptkontingent dieser Macht. Seit je sind hier die wirtschaftlichen Gegensätze am schärfsten aufeinander getroffen, und am schnellsten ist deshalb hier auch die Sozialdemokratie, die politische Organisation des Proletariats, erstarkt und fest wurzelt die neue Weltanschauung des Sozialismus im Volke. So vereint auch die Sozialdemokratie die Mehrheit der Stimmen bei den Reichstagswahlen auf ihre Kandidaten, die Mehrheit der sächsischen Reichstagsabgeordneten sind Sozialdemokraten. Im Landtage dagegen hat der Dünkel einer kurzfristigen und herrschsüchtigen Bourgeoisie den Arbeitern das Wahlrecht aus der Hand geschlagen. Als einst in Sachsen das frühere Censusswahlrecht das alte feudalistische Wahlrecht ablöste, hatte der damalige Kronprinz Albert dieses Wahlrecht als den Dank des Königshauses an das sächsische Volk für die auf den böhmischen Schlachtfeldern bewiesene Tapferkeit und Hingebung bezeichnet. Dreißig Jahre später gab der König Albert seine Zustimmung zu einem Wahlrecht, das dasselbe Volk entrechtete, das den Gegensatz zwischen den beiden Nationen der reichen herrschenden und ausbeutenden Minderheit und der armen beherrschten und ausgebeuteten großen Mehrheit des sächsischen Volkes ungeheuer und unüberbrückbar erweiterte und das einer neuen Weltanschauung anhängende Volk von der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer monarchischen Spitze immer weiter trennte. König Albert hat es auch persönlich stets schmerzlich empfunden, daß Sachsen im Reichstage hauptsächlich sozial-

Seuilleton.

Roßbrand verboten.

Ein Doppelgänger.

Von Theodor Storm.

Die Förstersfrau schien aufmerksam zuzuhören, und mir war es, als würden ihre kindlichen Augen wieder feucht. „Sie hätten ihn kennen müssen“, rief sie, „Sie würden die, welche die kleinen Leute genannt werden, noch tiefer in Ihr Herz geschlossen haben! Als meine Mutter, da ich kaum drei Jahre alt war, starb, da hatte ich nur ihn; aber schon in meinem achten Jahre ist er plötzlich mir entrisen worden.“

Wir gingen eine Zeitlang, ohne ein Wort zu wechseln, und ließen die Spitzen der Lammenzweige, die in den Weg hingen, durch unsere Finger gleiten; dann hob sie den Kopf, als ob sie sprechen wolle, und sagte zögernd: „Ich möchte nun auch Ihnen, meinem Landsmann, etwas weiteres vertrauen; es ist seltsam, aber es kommt mir immer wieder: mir ist oftmals, als hätte ich vorher, bei Lebzeiten meiner Mutter, einen anderen Vater gehabt — den ich fürchtete, vor dem ich mich verlor, der mich ansah und mich und meine Mutter schlug. . . und das ist doch unmöglich! Ich habe später selbst das Kirchenbuch aufschlagen lassen; meine Mutter hat nur diesen einen Mann gehabt. Wir haben zusammen Not gelitten, gefroren und gehungert; aber an Liebe war niemals Mangel. Eines Winterabends entsinne ich mich noch deutlich; es war an einem Sonntag, und ich mochte etwa sechs Jahre alt sein. Wir hatten leidlich zu Mittag gegessen, doch zum Abend wollte es nicht mehr reichen;

mich hungerte noch recht, und der Ofen war fast kalt geworden. Da sah mein Vater mich mit seinen schönen dunklen Augen an und ich streckte meine Arme um ihn entgegen; und bald lag ich, in ein altes Tuch gewickelt, an der warmen Brust des mächtigen Mannes. Wir gingen durch die dunklen Straßen, immer in eine neue; aber über uns waren alle Sterne angezündet, und meine Augen gingen von dem einen zu dem anderen. „Wer wohnt da oben?“ frug ich endlich, und mein Vater antwortete: „Der liebe Gott, der wird Dich nicht vergessen!“ Ich sah wieder in die Sterne, und alle blinkten so still und freundlich auf mich nieder. „Vater,“ sagte ich, „bitte ihn doch noch um ein kleines Stückchen Brot für heute abend!“ Ich fühlte einen warmen Tropfen auf mein Angesicht fallen; ich meinte, er käme von dem lieben Gott. — Ich weiß, mich hungerte nachher noch in meinem Bettchen; aber ich schlief doch ruhig ein.“

Sie schweig einen Augenblick, während wir langsam auf dem Waldweg weiter schritten.

„Aus der Zeit aber, wo ich mit meiner Mutter lebte,“ sagte sie dann noch, „vermag ich keine feste Erinnerung an meinen Vater zu gewinnen; ich muß mich mit dem wüsten Schreckbild begnügen, das mein Verstand vergebens zu fassen sucht.“

Sie kniete plötzlich nieder, um eine Handvoll jener kleinen rötlichen Immortellen zu pflücken, die sich gern auf magerem Sandboden ansiedeln; da wir dann weiter gingen, begannen ihre Finger einen Kranz daraus zu flechten.

Ich war noch mit ihren letzten Worten beschäftigt; mir ging im Kopf ein wüster junger Kerl herum; er war bekannt genug gewesen; aber sein Name war ein anderer. „Auch Kinder,“ sagte ich endlich, während meine Augen

ihren geschickten Händen folgten, „mag wohl einmal der Gedanke an den unsichtbar umhergeistenden Tod wie ein Schauer überfallen, daß sie voll Angst die Arme um ihr Liebste klammern; dazu — Sie konnten gewiß schon von den Vätern, mit denen die Kommunen die Kinder der Armen zu beschenken pflegen — was Wunder, daß Ihre Phantasie das Schreckbild in jene von Erinnerung leere Zeit hinabschob!“

Aber die edle Frau schüttelte lächelnd ihren Kopf. „Schön ausgerechnet,“ sagte sie; „aber ich habe niemals an solchen Gespensterphantasien gelitten; und die Menschen, die mich dann nach meines Vaters Tode zu sich nahmen — bessere konnte kein Kind sich wünschen: es waren die Eltern meines Mannes, die auf einer Bade-reise ein paar Tage in unserer Vaterstadt verweilen mußten.“

In diesem Augenblicke glaubte ich in dem Staubwege Schritte hinter uns zu hören, und als ich umblifte, sah ich den Oberförster schon in der Nähe.

„Sehen Sie wohl,“ rief er mir zu, „da habe ich Sie schon! Und Du, Christine,“ — und er ergriff die Hand seiner Frau und neigte den Kopf, um ihr in die Augen zu blicken — „Du schaust ja so nachdenklich; was ist denn?“

Sie lehnte sich lächelnd an seine Schulter: „Ja, Franz Adolf, wir sprachen von unserer Vaterstadt — denn es hat sich herausgestellt, daß wir dieselbe haben — aber wir haben uns dort nicht finden können.“

„So ist es um so schöner,“ erwiderte er und reichte mir die Hand, „daß wir ihn heute bei uns haben; das damals wäre ja doch schon längst vorüber!“

Sie nickte nachdenklich und schob ihren Arm in den meinen. So gingen wir ein paar hundert Schritte weiter

demokratisch vertreten ist. Das vielgenannte sächsische Kartell der sogenannten Ordnungsparteien ist auf seine persönliche Initiative zurückzuführen. Bei den Jubiläumsgedenkfeiern im Jahre 1898 hat König Albert, auf die Kartellwahlen von 1887, bei denen in Sachsen sämtliche Sozialdemokraten zurückgedrängt wurden, hinweisend, auch den bekannten Ausspruch: „Wir haben ja schon einmal gezeigt, was wir leisten können!“ So hat sich König Albert stets auf die Seite der herrschenden Klasse gegen die vom Kapitalismus unterdrückte Klasse gestellt. Und wenn die bürgerliche Presse heute den heimgegangenen Herrscher betrauert, so steht die große Mehrheit des Volkes diesem Ereignis völlig gleichgültig gegenüber. Die sozialistische Weltanschauung sieht in dem Monarchen nur die Spitze der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft, den Träger einer politischen Ordnung, die sich auf der Ausbeutung der großen Mehrheit des Volkes aufbaut.

Dieses Gegenjagtes ist sich auch die Bourgeoisie bewußt. Schon im April 1848 brachte die bekannte Rugsburger Allgemeine Zeitung eine Korrespondenz aus Leipzig, in der es hieß: „Nicht sowohl die Republik und Monarchie, sondern vielmehr der Besitz und die Arbeitskraft, das Kapital und die Armut, die dienende und die befehlende Gesellschaftsklasse liegen im Hader miteinander, suchen nach gerechter Ausgleichung.“ So las man es schon 1848, als die Arbeiter in Leipzig die ersten zaghaft tastenden Versuche einer selbständigen Bewegung machten. Mittlerweile ist das arbeitende Volk zum Klassenbewußtsein erwacht, das organisierte Proletariat ist sich seines endlichen Sieges über die untergehende herrschende und besitzende Klasse bewußt geworden und steuert mit jugendlicher Kraft und entschlossenem Mute auf sein hehres Ziel los. Und je stärker die Macht des Proletariats anschwillt, um so krampfhafter illamert sich die Bourgeoisie an die herrschende Ordnung mit ihrer Polizeiwirtschaft, dieser Wästelwirtschaft, die man vor der Regierung König Alberts nicht in dem Maße gekannt hat, wie sie jetzt besteht. So konnte schon Webel im Jahre 1886 im sächsischen Landtage sagen: „Aber, meine Herren, das muß ich denn doch sagen, daß während der ganzen Dauer der Regierung des Herrn v. Beust, soweit ich sie kennen gelernt habe, vom Jahre 1861 bis 1866, ich mich ähnlicher Maßnahmen und einer ähnlichen Auslegung des Gesetzes — des Zwangs! —, wie wir sie gegenwärtig erleben, nun und nimmer entfinden kann. Ich habe in jener Zeit vielleicht den Hauptteil meiner agitatorischen Thätigkeit entwickelt. Ich bin damals in Hunderten von Volksversammlungen aller Art aufgetreten, und da weiß ich nie, daß mir die Hindernisse, die wir heute überall in dem Weg gelegt werden, unter dem verurteilten System Beust entgegengestellt worden wären.“ Noch mehr verschlimmerten sich diese Zustände, als 1890 das Sozialistengesetz fiel. Das sächsische Vereinsgesetz ersetzte der Polizei ganz das Sozialistengesetz. Und 1897 erfuhr dieses Zwangs noch eine wesentliche Verschlechterung durch die bekannte Winderjährigenbestimmung, die nicht nur den Winderjährigen vielfach das Koalitionsrecht illusorisch machte, sondern die auch ein wesentliches Hindernis für die ganze gewerkschaftliche Bewegung wurde, indem die Polizei die unschuldigen Thematika für politisch erklärte. Nirgends, in keinem deutschen Bundesstaate, hat das arbeitende Volk unter einem solchen Druck gestanden, wie in Sachsen unter der Regierung König Alberts. Nirgends hat der Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft einen so scharfen Ausdruck gefunden wie in Sachsen. Die Schärfe dieses Klassengegenjagtes drang selbst bis in die Gerichtssäle. Was sagt in dieser Beziehung nicht das eine Wort Ubbtau! Und stets deckte die Regierung König Alberts alle Feindseligkeiten gegen die Arbeiter.

bis an einen Waldteich, an dessen Ufern die gelben Iris in für mich nie gesehener Fülle blühten.

„Da ist Deine Lieblingsblume!“ rief der Förster; „aber Du würdest Dir die Schuhe überwatzen; sollen wir Männer Dir einen braven Strauß holen?“

„Ich verzichte diesmal auf Mitterdienste,“ erwiderte sie, sich anmutig gegen uns verneigend; „ich bin heute bei den Kleinen und weiß hier eine Stelle, wo ich mein Stränglein vervollständigen kann!“

„So erwarten wir Dich hier,“ rief ihr der Oberförster nach, sie mit ernstern, liebevollen Blicken verfolgend, bis sie in der nahegelegenen Richtung verschwand.

Dann wandte er sich plötzlich zu mir. „Sie werden mir nicht zürnen,“ sagte er, „wenn ich Sie bitte, mit meiner Frau nicht weiter über ihren Vater zu sprechen. Ich ging im weichen Begegnung schon länger hinter Ihnen und der weiche Sommerwind trug mir genügend Brocken Ihres Gespräches zu, um das übrige zu erraten. Hätte ich von Ihrer Heiber so genauen Landsmannschaft gewußt, — verzeihen Sie mir dies Geständnis — ich hätte mir die Freude Ihres Besuches versagt; die Freude jag ich; doch es ist so besser, wir kennen uns nun schon.“

„Aber,“ entgegnete ich etwas bestürzt, „ich kann Sie versichern, es ist von einem Arbeiter John Hansen keine Spur in meiner Erinnerung.“

„Sie könnten Ihnen dennoch plötzlich kommen!“

„Ich denke nicht; jedenfalls, obgleich ich nicht die Ursache kenne, seien Sie meines Schweigens sicher!“

„Die Ursache,“ erwiderte er, „will ich Ihnen in einem Worte geben: der Vater meiner Frau hieß freilich John Hansen; von den Leuten aber wurde er John Glückstadt genannt, nach dem Orte, wo er als junger Mensch eine Zuchtstrafe verbüßt hatte. Meine Frau weiß weder von diesem Nebenamen, noch von der Strafe, auf welcher er beruht; und — ich denke, Sie stimmen mir bei — ich möchte nicht, daß sie das je erführe; ihr Vater, den sie kindlich verehrt, würde mit jenem Schreckbild zusammenfallen, das ihre Phantasie ihr immer wieder vorbringt, und das leider keine bloße Phantasie war.“

(Fortsetzung folgt.)

Ein sächsischer Minister konnte es wagen, im Landtage zu erklären, daß es vollkommen in der Ordnung sei, wenn an die Handlungen der Sozialdemokratie ein anderer Maßstab angelegt werde, als an dieselben Handlungen der sogenannten Ordnungsparteien. Und das konservative Vaterland sagte in einem Artikel über die „angebliche Gleichberechtigung der Sozialdemokratie“ (Dezember 1899): „Die Sozialdemokratie kann und darf mit den anderen politischen Parteien nicht gleichberechtigt sein, denn sie ist eine Partei des Umsturzes. Mit dem Umsturz aber verhandelt man nicht, sondern man bekämpft ihn und schlägt ihn nieder.“ Ein anderes konservatives Blatt, die Dresdener Nachrichten, feierten im Jahre 1899 den König in einem Dithyrambus, der diesen Satz enthielt: „Bei aller Duldsamkeit und Unparteilichkeit aber, die König Albert gegen berechtigte fremde Ueberzeugungen zur Schau trägt, ist er doch niemals auch nur einen Augenblick schwankend gewesen, wenn es galt, die Partei des Umsturzes mit der Kraft des Gesetzes in ihre Schranken zu bannen. Gerade in diesem Punkte hat König Albert ein weithin leuchtendes Beispiel aufgestellt, und seine getreuen Landeskinder bewegen noch die goldenen Worte in ihrem Herzen, die der König im Vorjahre bei Gelegenheit seines 25jährigen Regierungsjubiläums über die Notwendigkeit einer gemeinsamen nachdrücklichen Bekämpfung der sozialrevolutionären Bewegung äußerte.“ So hat die sächsische Bourgeoisie stets alle Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie mit dem Namen des Königs verquittet.

Wir sind weit davon entfernt, zu sagen, daß der verstorbene König Albert die habersfüllen Ergüsse der reaktionären Presse gebilligt hätte. Er wird nur selten eine der hegerischen Tiraden der Ordnungspresse zu Gesicht bekommen haben. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß der König mit seiner Person das herrschende System deckt. Wenn König Albert vom Schauplatz des Lebens abgetreten ist, so dürfte sich an den Dingen im Lande kaum etwas ändern, denn die eigentlichen Herrscher im Lande sind die kapitalistischen Parteien. So ist dem Thronwechsel keine weitere Bedeutung als einem Personenwechsel beizumessen. Die deutschen Bundesfürsten sind durch die politische Neugestaltung der Dinge in Deutschland in ihrer Bedeutung hinter dem führenden Preußen so zurückgedrängt worden, daß ihre Souveränität nur einem Schatten gleicht; die wirtschaftliche Umwälzung aber wird politische Verhältnisse schaffen, die aller Klassenherrschaft ein Ende machen und damit auch keinen Raum lassen werden für monarchische Einrichtungen. Bei einer festlichen Gelegenheit schickte der katholische König Albert an den dritten Kaiser von Deutschland, an den protestantischen Wilhelm II., den Enkel des Siegers von Königgrätz, ein Telegramm, in dem es hieß: „Mein Glaube ist Dein Glaube!“ König Albert huldigte dem deutschen Kaiser als dem Primas der preussisch-deutschen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, deren Anhänger einig sind in dem einen Glauben der kapitalistischen Weltanschauung. Diesen einen Glauben sieht der neue Glaube an eine neue Weltanschauung gegenüber, dessen Bekennerschaft fortgesetzt rapid zunimmt. Er wird eine Zeit geben, da der alte Glaube überwunden ist und der neue triumphieren wird. Die Zeiten ändern sich!

Das Erbe in der Regierung des kinderlos verstorbenen Königs Albert Friedrich August Anton Ferdinand Joseph Karl Maria Baptist Nepomuk Wilhelm Xaver Georg Fidelis, wie er mit seinem vollen Namen heißt und den die Metrologe der bürgerlichen Presse bereits den Guten beigenannt haben, fällt an dessen Bruder Friedrich August Georg Ludwig Wilhelm Maximilian Karl Maria Nepomuk Baptist Xaver Cyrillus Romanus. Der nunmehrige König Georg ist geboren am 8. April 1852, er ist also nur etwas über vier Jahre jünger als sein Bruder, der verstorbene König. Er war vermählt mit der am 5. Februar 1884 gestorbenen Maria Anna Infantin von Portugal und ist jetzt Witwer. Aus der Ehe des Königs mit Maria Anna sind sechs Kinder entsprossen: 1863 wurde die Prinzessin Mathilde geboren; 1865 erblickte Prinz Friedrich August das Licht der Welt, 1867 die Prinzessin Josepha, 1869 Prinz Johann Georg, 1870 Prinz Max, der bekannte römische Priester, und 1875 Prinz Albert, der am 16. September 1900 durch einen Sturz aus dem Wagen verunglückte und verstarb. König Georg vollendet demnach sein 70. Lebensjahr. Eine lange Regierung wird ihm also kaum beschieden sein, und in nicht zu langer Zeit wird ihm sein ältester Sohn, Kronprinz Friedrich August, in der Regierung folgen. Ihn hat das Bürgertum auch bereits zu Lebzeiten König Alberts als den zukünftigen sächsischen König behandelt. Wisler redete die Öffentlichkeit nur vom König Albert als von einem Felden und siegeskrönen Feldherrn. Heute werden auch die Heldenthaten des früheren Prinzen Georg gerühmt; sprach man bisher nur von dem Feldenkönig Albert, so spricht man jetzt von den beiden künftigen Feldenbrüdern. Wolke hat seiner Zeit den Kronprinzen Albert, den verstorbenen König, den einzigen Feldherrn des deutschen Heeres genannt. Aber Wolke verstand, wenn es sich um Fürsten handelte, auch nach Diplomatensprache zu reden. Nun wird auch König Georg als bedeutender Heerführer genannt. Man sieht, ein Fürst kommt schnell zu Ehr und Ruhm. Und für einen deutschen Bundesfürsten giebt es ja, da die Fürsten außer dem Kaiser im neuen Deutschland keine Gelegenheit haben, hervorzutreten, nur noch die militärische Gloriole.

Ein unbestreitbares und bleibendes Verdienst aber hat sich König Georg durch seinen bekannten Erlass vom 8. Juni 1891 über Mißhandlungen von Soldaten durch Vorgesetzte erworben. In diesem Erlass kommt folgende Stelle vor:

„Ich habe aus den mir vorgelegten Akten, welche in Untersuchungen wegen vorchriftswidriger Behandlung Untergebener geführt worden sind, ersehen, daß die vorgekommenen Gewalttätigkeiten und körperlichen Mißhandlungen nicht etwa bloß die Folge augenblicklicher Erregung gewesen sind. Auch dergleichen Fälle körperlicher Mißhandlung bleiben ja strafbar und dürfen nicht gebuldet werden; sie können aber im Drange dienstlicher Erregung und durch Temperamentsfehler einerseits und Jähzorn andererseits, wenn sie nicht zu entschuldigen sind, doch Erklärung finden. Ein großer Teil der jährlichen körperlichen Mißhandlungen hat sich aber als etwas weit schlimmeres qualifiziert: als „raffinierte Quälerei, als Ausfluß einer Roheit und Verwilderung.“

Der damalige Prinz Georg hat sich durch diesen Erlass von der besten menschlichen Seite gezeigt. Doch geändert hat sein Erlass an den bestehenden Zuständen nichts. Die Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens hat fortgesetzt unerhörte Soldatenqualereien bekannt werden lassen. Diese Zustände werden auch fortbauern, so lange das System erhalten bleibt. An dem System aber vermag auch König Georg nichts zu ändern.

Ueberführung und Begräbnis des Königs.

Die Ueberführung der Leiche des Königs Albert nach Dresden erfolgt Sonnabend früh und die Beisetzung in Dresden am Montag.

Landestrauer.

Der Hof legt aus Anlaß des Ablebens des Königs auf 24 Wochen Trauer an. Des weiteren wurde bestimmt, daß alle Lustbarkeiten auf acht Tage einzustellen sind.

Zusammentritt des Staatsministeriums.

Das sächsische Staatsministerium ist gestern abend 10^{1/2} Uhr in Dresden zusammengetreten.

Politische Uebersicht.

„Zu Nachen in seiner Kaiserpracht...“

Schon vor beinahe sechs Wochen wußte ein höfischer Reporter von dem festlichen Programm zu erzählen, das der Oberceremonienmeister zum Einzug des Kaisers in der alten langweiligen Kaiserstadt Nachen ausgedacht hatte, der sich zu einer imposanten Kundgebung gestalten werde. Hoch zu Ross, wie einst die deutschen Könige im Mittelalter, werde der Kaiser auf einer eigens hergerichteten via triumphalis durch das südliche Marschierthor in das Münster einziehen, wo die Krönung von 37 Königen während vier Jahrhunderten stattgefunden habe, und auf der Freitreppe des Rathhauses, wo er den Ehrentrunk entgegennehmen werde, „werde wohl eine Rede halten“. Das hat sich jetzt alles programmäßig abgewickelt; auch die Rede des Kaisers ist gehalten worden; nur weiß Offiziosus Wolff bis zur Stunde noch nicht mehr darüber zu berichten, als daß sie mit einem Hurra auf die Stadt Nachen geschloffen habe. Die offizielle Redaktion der Rede war wohl noch nicht erfolgt.

Beim Einzug des Kaisers in Nachen ist ein selbst in unserer Zeit, die in höfischem Prunk und Pomp doch wahrlich schon etwas erlebt hat, wirklich ungewöhnlicher Aufwand von Dekoration verbraucht worden. Feierliches Gloriongeläute von allen Thürmen der Stadt, Kanonendonner am Einzugsthor, auf den Tribünen 200 weißbekleidete, blumenbekränzte Schulmädchen, ein Zug Pirassiere als Eskorte — so zog Wilhelm II. in die alte Krönungsstadt Nachen ein. Nachen ist nicht Königsberg, und man muß selbst der offiziellen Geschichte immer noch gräßlich Gewalt anthun, wenn man das neue deutsche Reich mit dem alten heiligen römischen Reich deutscher Nation in geschichtlichen Zusammenhang und historischen Parallele bringen will. Mein was gelingt nicht der Kanzelberedsamkeit eines poetischen Prälaten und der blühenden Rhetorik eines preussischen Oberbürgermeisters! Der ganze scenische Hintergrund war ja in unberäthlicher historischer Treue vorhanden, und der Geist Karls des Großen wurde von beiden Festrednern einmütig gerufen. Nur wußte kein Mensch, welches historische Ereignis eigentlich gefeiert wurde; es war eine geschichtlich unmotivirte Verherrlichung des abstrakten deutschen Kaiserthums.

Sonst knüpften sich diese Feiern meist an gewisse Gedenktage, wie dieser Tage in Nürnberg und in Bonn, oder an Restaurationsteste, wie in Marienburg. Diesmal ist die „imposante Kundgebung“ historisch gegenstandslos. Sonst trägt die Rede des Kaisers die schwindelnden Zuhörer von geschichtlicher Stätte in romantischem Fluge durch die Jahrhunderte zurück bis zu den grauen Anfängen sagenhaften Germanentums, und auch eine politische Kundgebung war sonst aus seinen Worten herauszubestillieren. Diesmal scheint die „imposante Kundgebung“ politisch ergebnislos bleiben zu sollen.

Der Kaiser ist am selben Abend noch bei Krupp in Essen eingetroffen, wo ihn die jähe Kunde vom Tod des Königs von Sachsen erreicht hat.

Die Wähler Oesterreichs.

p. h. Ueber die zurückliegende Parlamentsperiode wird uns aus Wien vom 19. Juni geschrieben:

Die österreichische Volksvertretung ist gestern verlaggt worden. Seit 17. Oktober waren die Abgeordneten beisammen, eine der längsten Parlamentsessionen, die die parlamentarische Geschichte kennt. Die Ferien zu Weihnachten und Ostern waren so kurz als möglich bemessen und selbst in dieser Zeit tagten die Ausschüsse.

Es ist kein Zweifel: das österreichische Parlament hat sich als „arbeitsfähig“ erwiesen; als fähig, die Regierungskonten abzarbeiten. Es hat wiederholt gegen den Stachel gelockt. Aber der Widerstand wurde immer schwächer. Von den zwei Dezemberreden Herrn v. Koerber, den sogenannten Staatsstreicherreden, an bis zu dem letzten vorangegangenen Versuch der Jungschachen, in letzter Stunde noch Obstruktion zu machen, sieht man die Stärke des Widerstandes erlahmen. In dem wüsten Kampf der österreichischen Parteien untereinander bedeutet der Schluß der Parlamentssession soviel wie einen unbefriedigenden Stillstand. Die Parteien, die an der Macht sind und nur um den größeren oder geringeren Anteil an ihr kämpfen, haben sich wenigstens provisorisch geeinigt. Sie haben das Budget durchgebracht, sie werden auch den Ausgleich mit Ungarn durchbringen. Die Kosten zahlen nicht sie, nicht ihre Wähler, die Kosten tragen die Träger der indirekten Steuern, die Millionen Wähler, die durch die Schuld eines grotesk-verfälschten Wahlrechtes knapp zehn Vertreter im Parlamente haben.

„Die Wähler Oesterreichs“, sagte Graf Bellei von der Bille, der Präsident, ein Vorspender, wie er nur in diesem Hause möglich ist, „werden sich freuen, daß das Parlament seine Thätigkeit wieder aufgenommen hat“. Die Wähler Oesterreichs — das ist ein altes, tausendmal lächerlich gemachtes Klischee der Offiziosen. Die Wähler Oesterreichs sind erfreut, wenn irgend ein unbekannter Erzherzog sich vernählt, sie sind entzückt und begeistert, wenn Hochbersebe einen Sprößling bekommt, sie jubeln über jedes freudige und sind zu Tode betrübt über jedes traurige Ereignis im Kaiserhaus. Sie sind verpflichtet, unter einer Verfassung, die als kaum lebensfähig schon von ihren Erzeugern betrachtet wurde, nunmehr bald vierzig Jahre zu vegetieren, sich von einem

„verbündeten“ Raubstaat in fremdem Interesse ausbeuten zu lassen, von einem heimatslosen, aus halb Europa, aus Irland, aus Deutschland, aus Polen und aus Frankreich zusammengetragenen Adel sich regieren zu lassen. Ohne Aussicht auf Besserung. Wozu denn der ganze Lärm über das große Ereignis der Arbeitsfähigkeit? Immer und immer wieder muß man diese Frage laut und deutlich stellen und sie klar und vernünftig beantworten.

Herr v. Koerber braucht, um im Herbst einen schlechten Ausgleich mit Ungarn abzuschließen zu können, einen Mitschuldigen und Mitverantwortlichen: das Parlament. Nicht ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Volkshaus, das, so minder es auch vielleicht bei der geringen Kultur vieler unserer Gebiete wäre, doch in einem Punkte dem Volke alle Garantien bieten könnte: einem schlechten Ausgleich würde es, selbst um den Preis der Zerstörung, nicht zustimmen. Was die Regierung braucht, ist dieses Parlament, gerade diese zusammengewürfelte Masse von Provinzadvokaten und Anwälten, Bauern und Feudalen, die, kraft ihrer ganzen Veranlagung, die Art, wie sie gewählt werden und der Leute, von denen sie gewählt werden, nicht im Sinne sind, eine großartige Politik gegen den Willen einer Regierung zu vertreten.

Das hohe Haus wird uns zweifellos auch im Herbst Arbeit liefern. Aber sie wird auch danach sein. Herr v. Koerber hat allerdings mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Er wäre vielleicht dem Gedanken einer eventuellen Zerstörung nicht abgeneigt, wenn nicht von allerhöchster Stelle dagegen ein energisches Veto eingelegt worden wäre. Warum aber muß er sich das gefallen lassen? Und nicht nur er, sondern auch jeder österreichische Ministerpräsident nach ihm? Weil dem ungarischen Premier, Herrn v. Szell, ein starkes Parlament zur Verfügung steht, oder, um das Wesen des ungarischen Parlamentarismus besser zu kennzeichnen, eine starke Ständeorganisation. Der Mut aber, dieser Organisation eine gleich starke österreichische auf Grund des allgemeinen Wahlrechts entgegenzustellen, fehlt Herrn v. Koerber. Darum haben die „Völker Oesterreichs“ keinen Grund, darüber, daß das Parlament in langen acht Monaten das Budget nebst einigen kleineren teils fiskalischen, teils sozialpolitischen, teils direkt unheimlichen Gesetzesvorlagen erledigt hat, zu jubeln. Die „Völker Oesterreichs“ sind nur enttäuscht, soweit sie durch unterschiedliche Presskulis des Pressbureaus repräsentiert werden.

Morgen flattern noch die Hedermäuse im Herrenhaus auf, und dann wird die Bude geschlossen. Die Landtage beginnen nächste Woche ihre Tätigkeit.

Deutsches Reich.

Ein ganzer Mann!

Graf Bülows Klein-Schmirne macht Ernst mit der junkerlichen Weltanschauung. Für ihn ist der ganze moderne Rechtsstaat nur elende Judenwirtschaft, und er tritt ihr redendst mit ritterlichen Waffen entgegen. Das Duell ist ihm nicht eine exklusive Standeseinrichtung, ein feudales Ueberbleibsel, das nur für die aristokratische Klasse reserviert ist, sondern er sieht darin ein Gottesurteil, das eigenliche Korrektiv der verrohten liberalen Weltordnung. In seinem Wahnsinn liegt wenigstens noch Methode; an schnurgerader Konsequenz des Denkens ist der edle Graf all den modern frisierten Corpshylliden überlegen, für die das Duell nur noch ein adeliger Sport ist, der dadurch, daß er gesetzlich verboten ist, noch einen besonders pikanten Reizgeschmack erhält. Der Geist hat ihn getrieben, eine Feldbahn kurz und klein zu schlagen; darin sieht die verjudete Strafschütze von heute strafbare „Sachbeschädigung“. Dem Geheimen Sanitätsrat, der den Antrag gestellt, ihn zur Beobachtung eines Gefesslungsstandes in die Irrenanstalt zu verbringen, droht er, er werde ihm seine Kartellträger schicken. Dem Gerichtshofe, der ihn zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, stellt er das Gleiche in Aussicht.

„Brauchbare Männer thun dem Vaterland bitter no!“ — hat dieser Tage der Senior der Bonner Vorrußen gesagt. Hier ist ein solcher Mann; ein ganzer Mann, gegen den die Klüben vom Corps Borussia nur modern geschneidete Waden sind!

* **Berlin, 19. Juni.** Der Bundesrat überwies in seiner heutigen Sitzung den Bericht der Reichsschuldenkommission und die Petitionen betreffend Strafvollzug bei Preßvergehen den zuständigen Ausschüssen. Die Petition betreffend Erbauung einer strategischen Bahn Wünnchen-Garmisch-Zernitz-Land bis zur Arbergbahn eventuell bis Meran wurde dem Reichsanwalt überwiesen, ebenso die Petition wegen des eisernen Thores in Mainz und die Petition wegen Anstellung der über zehn Jahre im Eisenbahndienst beschäftigten Handwerker und Arbeiter. Dem Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Branntweinsteuergesetzes vom 24. Juni 1887 und dem Entwurf eines Stützstoffgesetzes wurde die Zustimmung erteilt. Der Beschluß des Reichstags zu dem Antrag auf Verlegung des Reichstags wurde zur Kenntnis genommen. Die Vorlage betreffend den Entwurf einer Anweisung zur Bekämpfung der Pest wurde dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Ueber die Berufung von Mitgliedern des Versicherungsbereichs beim Aufsichtsrat für Privatversicherung wurde Beschluß gefaßt. Die Zustimmung wurde erteilt den Ausschussberichten über:

- a) die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Rechnungsjahr 1899 nebst den dazu vom Reichstag gefaßten Beschlüssen;
- b) die Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für 1897/98 und 1898 nebst den dazu vom Reichstage gefaßten Beschlüssen;
- c) die endgültige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des afrikanischen Schutzgebietes für das Rechnungsjahr 1898 nebst dem dazu vom Reichstage gefaßten Beschlüsse.

Der Vorwärts fährt fort, uns Vorlesungen über guten Ton zu halten, indem er die schlechten Manieren der bürgerlichen Presse nachahmt. Darin, daß wir auf seine unhöfliche Anrede höflich geantwortet haben, spürt er eine günstige Wirkung seiner Polemik auf uns. Was sich der Vorwärts nicht alles einbildet! Aber das sind so die Mägen der bürgerlichen Presse.

Mit dem wiederholten Veto, das der Vorwärts gegen unsere Methode der Polemik einlegt, wird er auch jetzt nichts bei uns anrichten. Ein Vetorecht hat der Vorwärts gegen uns so wenig, wie wir es gegen ihn haben. Wenn es ihm beliebt, sich in ohnmächtigen Protesten gegen unsere Redaktionsführung zu ergehen, so haben wir schon bemerkt, daß wir ihn in diesem harmlosen Vergnügen nicht weiter stören wollen.

Dagegen müssen wir noch ein Wort darüber verlieren, daß der Vorwärts fortfährt, ein Mitglied unserer Redaktion in seiner Parteilichkeit anzufassen. Er hält es nicht mehr für unglaublich, daß

dies Mitglied „kurz zuvor noch, ehe es galt, Leipziger Meinungen zu schmeicheln, dem denkbar mildesten Sozialismus gebuhigt habe, der sich jetzt in wildesten Rabulismus gewandelt habe.“ Die Thatfache, auf die der Vorwärts damit anspielt, besteht darin, daß ein Mitglied unserer Redaktion ehemals revisionistischen Ansichten gehuldigt, aber sich inzwischen, und allerdings wohl auch durch den nahen Verkehr mit den Leipziger Genossen, zu richtigeren Auffassungen des Parteiprincips „gemausert“ hat. Weber die Leipziger Genossen, noch die Gesamtkolonie der Leipziger Volkszeitung erblicken darin die entfernteste Schädigung seiner Parteilichkeit, und daran mag sich auch der Vorwärts genügen lassen. Aber freilich, wenn man durchaus den unberufenen Censor spielen will, steckt man schließlich seine Nase in alle möglichen Dinge, die einen nichts angehen.

Was jetzt ist es herkömmlich gewesen, bei den Manuserungen innerhalb des Parteiprogramms stets zu berücksichtigen, daß auf jeden von uns mehr oder minder das soziale Milieu abfärbt, worin er lebt. Wenigstens hat sich noch kein Blatt unserer speziellen Richtung bei aller prinzipiellen Polemik gegen den Genossen Bollmar der Kampfweise schuldig gemacht, ihm nachzusagen, daß Bollmar „kurz zuvor noch, ehe es galt, den bayerischen Meinungen zu schmeicheln, dem wildesten Rabulismus gehuldigt habe, der sich jetzt in den denkbar mildesten Sozialismus gewandelt“ habe. Es ist das Privilegium der Sittenwächter im Vorwärts, in dieser Kampfweise eine Veredelung der Parteilichkeit zu erblicken und gleich ein Beispiel von verblüffender Bemerkkraft zu liefern.

Mit staatsrechtlichen Ferienarbeiten vertreibt sich die bürgerliche Presse die parlamentarische Sommerzeit. Nachdem der Verfassungsballon, den einige zolltarifkompromißbegeisterte Blätter zwecks künstlicher Verlängerung der Legislaturperiode aufgelassen hatten, schmählich geplatzt ist, wird nun die Frage der Verlängerung der bestehenden Handelsverträge ohne vorherige Zustimmung des Reichstags mit einem ungeheuerlichen Aufwand von juristischer Gelehrsamkeit ventilirt. Dabei scheint die Welt wieder einmal auf dem Kopf zu stehen. Die Kreuzzeitungsblätter für König und Vaterland huldigen der demagogischen Auffassung, daß die verfassungsmäßige Zustimmung des Reichstags zu einer Verlängerung der Handelsverträge unentbehrlich sei, und die liberalen Freihändler begeistern sich für das souveräne Recht des Monarchen, einmal geschlossene Verträge nach Belieben zu verlängern. Es ist das Bild, das man von der Kanalvorlage her gewöhnt ist: Die Konservativen treten als Vertreter des rabulistischen Parlamentarismus auf, und der Liberalismus schlüpft in das Ornat der Kreuzzeitung und predigt den Junkern hohepriesterlich von den Privilegien der Krone. Sichtlich scheinen die Liberalen die triftigeren Gründe und die schlagendsten Autoritäten auf ihrer Seite zu haben. Indes ist das eine formal-rechtliche Frage, über die wir uns so lange nicht weiter aufregen, als sie nicht praktisch aktuell wird. Bis jetzt ist der ganze Streit nur ein sommerlicher Feriensport, bei dem die beiderseitigen Parteien die Kostüme zur Abwechslung einmal vertauscht haben.

Ragenbinder, Knickhölzer, Brettstümpfer und Surra-patrioten nennt das Organ der bayerischen Bauernbündler die konservativen preussischen Junker, soweit sie der Zuckerkonvention ihre Zustimmung gegeben haben und veröffentlicht im Anschluß an diese Schimpfkanonade auch die Zuchtschrift eines sächsischen Landwirts, der von den norddeutschen Agrarierern folgende amüsante Schilderung entwirft:

Der Bund der Landwirte wird dank der Unfallsucht seiner nordischen Schnapsgrafen und deren Zuhälter, welche für die Zustimmung zum Zuckergesetz durch die Begünstigung der großen Kartoffel- und Maisbrennereien beim Branntweinsteuergesetz entschädigt worden sind, auch bei der Zolltarifberatung eine gleich große Niederlage wie bei der Zuckervorlage erleiden, weil seine Vorstandschaft sich an die Reichshöhe der Unfallsgrafen gehalten hat, welche beim Zolltarif mit höheren Weizen- und Kornzöllen abgefunden werden, während die Gerstenbauern den Tritt erhalten.“

Man sieht: Ibi berühmte „prinzipielle Einheitslichkeit aller landwirtschaftlichen Interessen“ ist nur ein schöner Gedanke, der in der agrarischen Wirklichkeit die härtesten Karambolagen erfährt. Das Gefährliche der bayerischen Bauern ist ein anderes als das der preussischen Junker, und welche Empfindungen die Kollegen von der Landwirtschaft gegen sie befehlen, davon giebt das vorstehende Stimmungsbild eine ansprechende Probe.

Der **Sandenprojekt**. (Siebzehnter Tag.) Die Behandlung der Terrainverhältnisse speziell beim Luisen-Theater in Berlin, zu dessen Erbauung die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekendarlehen das Geld gegeben hatten, führte zur Besprechung von Verlustberechnungen. Die Verteidigung bemängelt dabei die rechtliche Konstruktion eines „Verlustes“. Weiter ist durch ein kompliziertes Bilanzmanöver zwischen Aktiengesellschaft und Preussendank ein scheinbarer Gewinn von fast einer halben Million „herausgerechnet“ worden, aus dem die Tantiemen „verwirrt“ worden sind. Nach Aussage des Angeklagten Otto Sanden handelt es sich hier nur um eine „vielleicht zu gelehrte Buchung“, sie sei aber durchaus richtig.

Ein interessantes Licht auf die Unverstehenheit von Eduard Sanden und Heintze wirkt die Thatfache, daß sich diese aus einem dem Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft überwiesenen Dispositionsfonds selbst noch Gratifikationen bewilligten. Von 1894 bis 1899 hat Sanden auf diese Weise 214690 Mk. erhalten und zwar neben seiner Aufsichtsrats-Tantieme von auch noch 76819 Mk. Die Ehrenmänner wollen sich um diese Geschenke durch besondere persönliche Leistungen verdient gemacht haben.

Von den Gewinnen, welche die Aktiengesellschaft in einem Geschäftsjahre machte, wurden die Tantiemen alljährlich in voller Höhe berechnet und ausbezahlt. Dagegen stieg die Gewinne selbst nicht vollständig zur Verteilung gebracht, sondern zum Teil aufgespart zu werden. Der aufgesparte Teil wurde dann in die Gewinnrechnung des nächsten Jahres vorgebracht und, obwohl die Tantiemen von ihm schon gezahlt waren, im nächsten Jahre bei der Tantiemenberechnung nochmals berücksichtigt, so daß die Tantiemen von ihm zweimal gezahlt wurden. Da diese Gewinnvorträge 1896—1899 zusammen 543394 Mk. betrugen, so sind nach dem angewandten Verfahren zusammen 163018 Mk. an den Aufsichtsrat, die Direktion und den Dispositionsfonds zu Unrecht gezahlt worden. Die Verteidigung stützt sich dabei auf ähnliche Vorgänge bei vielen Aktiengesellschaften. Als von ihr auf einen Kommentar zum Handels-gesetzbuch hingewiesen wird, der solches Verfahren auch für zulässig hält, erklärt der Sachverständige Dr. Hecht: Es dürfte wohl keine juristische Frage geben, bei welcher nicht eine abweichende juristische Ansicht laut werde.

• Die polnisch-demokratische Bewegung macht im Ruhr-

gebiet tüchtige Fortschritte. Ueberall ist man eifrig thätig, um bei der nächsten Reichstagswahl selbständig vorgehen zu können. Man will vom Centrum nichts mehr wissen. Das unabhängige demokratische Polenorgan wird am 1. Oktober in Dortmund zu erscheinen beginnen. Unterstützung wird es genug finden. Schwierigkeiten macht die Aufstellung geeigneter Kandidaten für die Reichstagswahl. Gelingt es, darüber hinwegzukommen, so wird das Centrum eine schwere Schlappe erleiden. Die Hoffnung der Nationalliberalen ist dadurch bedeutend gestiegen.

H. **Klopfgelster in der - Kaserne.** Das Kriegsgericht der 3. bayerischen Division in Landau in der Pfalz hatte in jüngster Zeit wiederholt Veranlassung, sich mit „Klopfgelstern“ zu beschäftigen. Unlängst erst wurde über die Beurteilung eines halben Duzend solcher Burschen berichtet, und neuerdings war eine gleiche Anklage zu prüfen. Auf Grund von ganz bestimmten Angaben, die die Pfälzische Post über die nächtlichen Mißhandlungen von Rekruten im 18. Infanterieregiment gemacht, war die Militärbehörde gezwungen, Untersuchungen einzuleiten, um zu ermitteln, was an den Nachrücken der Pfälzischen Post Wahres sei. Das Resultat der Untersuchung war die Erhebung der Anklage wegen Mißhandlung gegen eine ganze Anzahl im zweiten Jahre dienende Soldaten und Verhängung von Disziplinarstrafen. Ein halbes Duzend nächstlicher Plagegeister wurde erst unlängst zu Gefängnisstrafen von einer bis zu zwei Wochen verurteilt und am Mittwoch stand der Klopfgelster zweiter Teil vor dem Gericht. Fünf Mann hoch rückten sie an; sechs Rekruten marschirten als Zeugen auf. Die fünf Gefreiten handelten stets im Einverständnis. Hatte sich irgend ein Rekrut ihr Mißfallen ausgezogen, war er, wie sie sich ausdrückten, „furcht und disciplinlos“, so bekam er nachts seine Döbe. Um in den Augen der Herren Gefreiten als furcht zu gelten, bedurfte es nicht vieler Worte. Oftmals wurde von den Herren Gefreiten in einer Nacht zwei Heimsuchungen veranstaltet. Der Mut, den die Bande entwickelte, übersteigt alle Begriffe. Sie getrauten sich zu dritt über einen schlafenden Mann herzufallen. Um bei einer eventuellen Verfolgung nicht erkannt zu werden, wurden die Gänge zuvor ausgemacht. Die Mißhandlungen wären nicht herausgelassen, wenn sich nicht die Pfälzische Post ins Mittel gesetzt hätte und eine eingehende Schilderung über das nächtliche Leben und Treiben in der Kaserne veröffentlicht hätte. Die Angaben stimmten in all ihren Teilen. Merkwürdige, alle logischen Begriffe auf den Kopf stellende Ansichten über das Verhältnis der jungen und alten Mannschaften gab der Verteidiger, ein Rechtsanwält, zum besten. Die alte Mannschaft soll nach ihm ein Anrecht auf Achtung und Reberenz von seiten der jungen haben. Zwar wäre es strafbar, was die Herren gethan, aber er bitte zu bedenken, daß sie alles, was sie thaten, nur gethan, um Ordnung und Disciplin aufrecht zu erhalten. Es bringe immer gute Früchte, wenn ein Junger in der Weise, wie geschehen, erzogen werde. Schwere Verletzungen tämen ja dabei nicht vor; die ältere Mannschaft fühle sich berufen, den militärischen Geist unter den „Jungen“ zu pflegen, und weil sich diese Art der Pflege von Geschlecht zu Geschlecht fortpflanzte, glauben die alten Leute, ein Anrecht darauf zu haben. Milderungsgründe wollte der Herr Verteidiger deshalb in weitestgehendem Maße angewendet wissen. Eine kleine Geldstrafe wäre genügend. Schade, daß der Herr Verteidiger nicht in dieser „traditionellen“ Weise behandelt werden kann! Das Kriegsgericht war aber anderer Ansicht als der bürgerliche Advokat. Es diktierte den zwei ersten Gefreiten 45 Tage, dem dritten 80 und dem vierten und fünften 10 Tage Gefängnis. Für eine Opreize, die der letzte Gefreite infolge einer Verwechslung einem Hilfsgerichtsschreiber gab, bekam er noch extra 4 Tage. Selbstredend geht den Herren Gefreiten mit ihrer Beurteilung auch die Anwartschaft auf die Stellvertretung Gottes verloren.

Ueber die Vorgänge in der Landauer Garnison dürften jedenfalls unsere Genossen im Landtage mit dem Herrn Kriegsminister noch ein erstes Wortlein reden. An Material fehlt es wahrlich hierzu nicht.

• **Düsseldorf, 18. Juni.** Hier hat der 16. ordentliche Berufsgenossenschaftstag seine Verhandlungen gepflogen; ca. 150 Vertreter der betr. Verbände und Genossenschaften waren erschienen. Es gelangte zunächst mit großer Majorität ein Antrag zur Annahme, die verbündeten Regierungen zu bitten, unverzüglich auf eine Aufhebung des § 24 des Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Juli 1900 und Wiederherstellung der früheren Bestimmungen Bedacht zu nehmen. Durch die geplante Erhöhung der vorhandenen Reservefonds würde die Industrie, insbesondere das Kleingewerbe, schwer belastet, und durch Festlegung der hierfür erforderlichen Summe von 400 Millionen Mark ein gewaltiges Kapital der produktiven Vermertung innerhalb der Industrie noch dazu in einer Zeit wirtschaftlicher Bedrängnis entzogen. Auch könne befürchtet werden, daß durch eine derartige Mehrbelastung der deutschen Industrie deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, besonders gegenüber dem amerikanischen Wettbewerb, leiden könne. Von anderer Seite wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Kapitalbedeckung einer vorhandenen Schuld unter allen Umständen, wenn auch event. unter Verlangsamung des Tempos, durchgeführt werden müsse. Die Beschlußfassung über einen weiteren Antrag, der sich auf die Stellung der Vertrauensärzte in den Berufsgenossenschaften bezieht, mußte infolge Nichterscheinens des Referenten vertagt werden. Dem Rassenbericht zufolge beläuft sich das Verbandsvermögen auf rund 20 000 Mk. Die aus dem Ausschuss ausscheidenden drei Berufsgenossenschaften wurden wieder- und als Ort des nächsten Verbandstages Dessau gewählt.

• **Kw. Aus Gessen, 19. Juni.** In der Spezialberatung der Wahlrechtsvorlage in der Zweiten Kammer wird der veraltete Ausdruck „Landstunde“ in „Landtag“ umgewandelt, dann verschiedene Anträge auf Berufung „ausgezeichneter“ Staatsbürger in die Erste Kammer abgelehnt. Die Berufung der drei Oberbürgermeister von Mainz, Darmstadt und Offenbach in die Erste Kammer war wohl angenommen worden, jedoch fehlte hier auch die Zweidrittelmehrheit. Genosse Dr. David trat für die Beseitigung der Ersten Kammer ein, der jedoch Minister Nolke entschieden widersprach. Der Hauptstreit tobte gestern und heute über die Verstärkung der städtischen Abgeordneten der Zweiten Kammer. Die Vermehrung derselben von 10 auf 15 wird abgelehnt, auch wird ein Vermittlungsantrag der Vermehrung um drei Abgeordnete abgelehnt. Wie wenig stichhaltig der Vorwurf der ländlichen Abgeordneten von der Benachteiligung des Landes zu gunsten der Städte ist, zeigte das Centrumsmitglied Schmitt, das nachwies, daß die Staatsausgaben für die hessische Landwirtschaft in den letzten 10 Jahren um 300 Prozent gestiegen seien. Besonders war es der christlich-sozialen Abg. Weidner, der die Sturmflut des flachen Landes gegen die Städte schwang und es als heilige Pflicht bezeichnete, die Landbewohner zu schützen und das Stadtproletariat nicht noch mehr zu begünstigen. Ein Antrag, es beim bisherigen Wahlrecht zu belassen, wurde ebenfalls abgelehnt. Die Beratung geht weiter.

Diesem zwei Beilagen.

Bund der Arbeiter-Vereine.

Arbeiterverein Leipzig.
Vereinslokal: Große Fleischergasse (Stadt Gotha).
Sonabend den 21. Juni abends 9 1/2 Uhr
Reberübung und Diskussion.
5775] Der Vorstand.

Arbeiterverein Probstheida.
Sonabend den 21. Juni abends 9 Uhr
Versammlung im Gasthofe.
L. D.: 1. Gemeinde-Angelegenheiten.
2. Vereins-Angelegenheiten. [5765
Pünktliches Erscheinen erwartet D. V.

Arbeiterverein Döllitz.
Sonabend den 21. Juni abends 9 Uhr
Versammlung.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
5793] Der Vorstand.

Volksbildungs-Verein Marktleiberg u. Umg.
Sonabend den 21. Juni abends 9 Uhr
im Gasthof Rühl
Vortrag
des Wen. Riedel über: Die Marktleiberg, die Zeit ihrer Entstehung und ihre Wirkung.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
5787] Der Vorstand.

Gemeinnütziger Verein L.-Eutritzsch.
Sonabend den 21. Juni abends 9 Uhr
Versammlung
im Restaurant Neumann, Markstr. 9
5768] Der Vorstand.

Volksbildungs-Verein L.-Gohlis.
Sonabend den 21. Juni abends 1/9 Uhr
Diskussions-Abend
im Saale des Wändschhof, Georgstr. 21.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
5794] Der Vorstand.

Arbeiterverein Möckern
Sonabend den 21. Juni abends 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
5774] Der Vorstand.

Arb.-Verein Wahren.
Sonabend den 21. Juni abends 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Vereinslokal Bierensbüschchen.
Vortrag über: Wege und Ziele der freien Volksbildung. Referent: Genosse Duncker.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
5778] Der Vorstand.

Volksverein f. Plagwitz-Lindenau
Vereinslokal: Zwei Linden, Lindenau.
Sonabend den 21. Juni
abends 1/9 Uhr
Vortrags-Abend.

Tagesordnung:
1. Erster Vortrag über das bürgerliche Gesetzbuch. (Einführung. — Begriff des bürgerlichen Rechts. — Personenrecht. — Rechtsfähigkeit.)
2. Diskussion dazu.
3. Vereinsangelegenheiten.
Da der Vortrag von einem sachkundigen Fachmann gehalten wird, erhofft zahlreichen und pünktlichen Besuch
5771] Der Vorstand.

Sonabend den 12. Juli
abends 1/9 Uhr
General-Versammlung.

Fortbildungs-Verein L.-West.
(Sitz: L.-Kleinbocher.)
Sonabend, 21. Juni, abends 1/9 Uhr
im Bürgergarten
Vortrag des Genossen G. Jaeckh:
Die Überwindung des Revisionismus.
Sonntag den 22. Juni Ausflug nach Naunhof. Die Teilnehmer wollen sich früh 1/7 Uhr pünktlich im Vereinslokal einfinden.
5770] Zahlreiches Erscheinen erwartet D. V.

Arbeiter-Verein Großschodder-Windorf.
Sonabend den 21. Juni
Versammlung
im Trompeter.
Tagesordnung:
Vortrag des Genossen J. Wotteler über: Der Klassenkampf in England und die Internationale. [5766
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Volksverein für Schönefeld und Umgegend.
Sonabend, 21. Juni, abends 9 Uhr
Versammlung
im Restaurant Stadt Leipzig.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Arbeiter im gesellschaftlichen Entwicklungs-kampf. Referent: Genosse G. Grenz.
2. Bericht der Gemeindevorsteher.
3. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
5776] Der Vorstand.

Sonntag den 22. Juni
Besichtigung des Grassmuseums.
Treffpunkt früh 1/9 Uhr in Stadt Leipzig.

Turn-Verein Vorwärts Leipzig-Süd.
Sonabend den 21. Juni
abends 1/9 Uhr
General-Versammlung
5777] Der Vorstand.

Ausflüge
unternimmt und arrangiert man nach dem Arbeiterführer für Leipzig u. Umgegend. Preis ohne Plan 30 Pfg., mit Plan 50 Pfg. Zu beziehen durch alle Kolporture, die Volksbuchhandlung und den Verlag Rich. Lipinski, Leipzig, Lange Straße 27. [4642

Restaurant Eulitz
24 Kohlenstraße 24.
Angenehmer Aufenthalt. Flotte Bedienung.
Buchbinderarbeiten
werden sauber und billig ausgeführt.
Annahme von Drucksaften aller Art.
Friedr. Müller
Geberstr. 26 Leipzig Geberstr. 26
Buchbinder u. Schreibwarenhandlung.
Beste Speise-Kartoffeln, ausgelesen, Magu. u. Blagrote, 1/2 versch. ab Lager 41.25, frei Haus 41.60 pr. Ctr. J. Carl Schmidt, Sped.-Lager Hans Kitzner, Wilschstr. 2.

Mehreiche Speisekartoffeln
10 Pfd. 20 Pfg., Ctr. 1.85 Mt.
Rob. Funke, Lind., Ede Gumb. u. Wettinerstr.
Hochfeine Speisekartoffeln
à Ctr. 1.85 Mt., 10 Pfd. 25 Pfg., bei größeren Posten billiger.
Rob. Höppner, Lindenau, Aurelianstr. 37.
Speisekartoffeln
selten solche Magnum bonum, sind wieder eingetroffen
Zähringer Hof, Markranstädter.
Heute abend frischen billigen Schweinisch, Radlau ohne Kopf, neue Matjes-deringe à Stück 10 Pfg. [5787
O. C. Matthes
Lindenau, Wersburger Str. 63.

Frischen Schellfisch
Pfund 15 Pfg.
empfehlen
Robert Funke
5603] Lind., Ede Gumb. u. Wettinerstr.

Hain-Str. 19 **Kaiser-Keller** Fr. Hornig.
Schenswertes Kulmbacher Bierlokal I. Ranges.
Reichhaltige der Saison entsprechende Speisekarte zu kleinen Preisen.
Hochfeines Rizzibräu. [5840

Coburger Hof.
Teleph. I, 483. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 493.
Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle meine Lokalitäten zur geselligen Benutzung. Feine Köcherei-Regelbahn. Billard.
Empfehle meinen guten preiswerten Mittagstisch inkl. Bier 50 Pfg., Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.
50 gute Betten zu soliden Preisen. [8802
Hochachtend. Kanne-glesser.

Stadt Hannover.
H. Rüdertich, Seeburgstraße 25-27. [1721
Empfehle den geehrten Gewerkschaften meine Lokalitäten, Vereinszimmer u. Saal von 20 bis 300 Personen fassend. Vorzügliche Küche, Mittagstisch, Abendstamm (kleine Preise). Beste Bier. Schöne Fremdenzimmer, saubere Betten.

Bürgergarten Brüderstr. No. 11
(Inh.: Max Teents)
empfehle vorzögl. Mittagstisch, warme und kalte Speisen, f. Lager- und Bayerisch Bier, Döllnitzer Gose etc.
Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Petzschers Gast- u. Logierhaus, Gerberstr. 62.
Bringe meine Lokalitäten in freundliche Erinnerung. v. Sternburgsches Lagerbier, f. Gose u. Bayerisch. Frau verw. Petzschner. Rudolf Mahraun, Bueffler.

Restaurant Körnerschlösschen Körnerstrasse 36.
Empfehle f. Bier, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen. [1814
Küchensvoll Alfred Dietze.

Restaurant zum Feldschlösschen, Brandvorwerkstrasse 48.
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten, schönen Garten, Speisen und Getränke in bekannter Güte. Dazu ladet ein Max Bracko. Hauptmann.

Morgenröte, Restaurant Strasse 7.
Empfehle f. Bier, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen und Speckkuchen. Küchensvoll Richard Geldel.

Zur Amsel, Leipzig-Gohlis
Wäckersche Str. 2, Breitenfelder Str.
Inh.: Hermann Schlegel.
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten. Mittagstisch, f. Sächsenauer Lagerbier, Döllnitzer Gose, Pechbräu. Jeden Sonnabend Schweinsknochen, Sonntag Speckkuchen. [2449

Saxonia, L.-Plagwitz
Zoochoorschische u. Schmiedestr.-Ecke.
Freundliches Lokal.
Speisen und Getränke: Kräftiger Mittagstisch: (nach Wahl) ...
Es ladet freundlichst ein
Georg Schröder. [4678

Restaurant National, Plagwitz, Karl Heine
empfehle meine Lokalitäten. Lagerbier, f. Naumannsches, Bayerisch (Gebr. Fleischmann, Antubach). Spezialität: Spanische Weine in Flaschen u. Gläsern vom Fass. Kräftigen bürgerl. Mittagstisch. Hochachtungsvoll Karl Müller.

Vockes Restaurant, Plagwitz
Herseburger u. Weissenfölscher Strassen-Ecke 32
empf. seine Lokalitäten. Speisen u. Getränke hochfein. Sonnabends Schweinsknochen. Sonntag Speckkuchen. Karl Zeidler gen. Vocke. Vertretungslokal der Zimmerer Leipzig-West. [2455

Zwei Linden, Leipzig-Lindenau.
Vereinslokal
Empfehle meine freundl. Lokalitäten, der Neuzeit entsprechenden und Vereinszimmer. Guten bürgerlichen Mittagstisch. [2965
Küchensvoll E. Weiske.

Sächsisches Haus Lindenau
Karl Heine-Strasse
vis-à-vis dem Depot.
Aufmerksame Bedienung. — f. Speisen u. Getränke. Um gütigen Zuspruch bitte! [3893
Job. Sannow.

Hölzerner Schimmel, Lindenau.
Edle Bäckerei und
Meine freundlichen Lokalitäten mit Vereinszimmer halte bestens empfohlen.
f. Speisen u. Getränke. Sonntag Speckkuchen. Ergebenst Richard Dolaner.

Markranstädter Konzert- und Ballsaal Stadt Leipzig.
Empfehle allen geehrten Freunden und Bekannten, sowie der 1866. Einwohner-schaft von hier und Umg. meine freundl. Lokalitäten zur gest. Benutzung. Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. öffentliche Ballmusik. Hochachtungsvoll H. Riedel.

Photograph Ateliers
Pinkau & Gehler
Leipzig
Turnerstr. 11.
u. Wochentags
Aufnahmest. Sonn- u. 9-5 Uhr

Die Restbestände des Konkurs-Möbel-Lagers
aus der E. Freyerschon Konkursmasse herrührend, kommen von jetzt nebst anderen Möbeln, Spiegeln u. Volsterwaren und einigen besseren Ausstattungen zu enorm billigen festen Preisen von 9 bis 1/2 11 Uhr, nachmittags 2 bis 8 Uhr in D.-Neustadt, Eisenbahnstr. Nr. 11, zum Verkauf. [4677

Portefeullier, Galanterie- und Etuisarbeiter.
Sonabend den 21. Juni abends 1/9 Uhr
Oeffentliche Versammlung
im Gasthaus Stadt Gotha, Große Fleischergasse.
Tagesordnung: 1. Vortrag: Die wirtschaftlichen Organisationen früherer Jahrhunderte; Referent Genosse Binta. 2. Wahl eines Mitgliedes der Viererkommission. 3. Gewerkschaftliches. 4. Diskussion hierzu.
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen wird ersucht. [5772
Die Besichtigung der städtischen Anlagen findet Sonntag den 22. d. M. statt und wird pünktlich um 1/10 Uhr vormittags vom Frankfurter Thor abmarschieren. Eine rege Beteiligung erwartet Die Viererkommission.

Stellmacher.
Sonabend den 21. Juni abends 1/9 Uhr [5797
Oeffentliche Versammlung
im Coburger Hof, Windmühlenstraße.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schlaudor: Der Kampf um das Dasein. 2. Die gegenwärtige Lage der Stellmacher Leipzigs. 3. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwartet Die Sektionsleitung.

Brauer und Berufsgenossen!
Sonntag den 22. Juni **Oeffentliche Versammlung** im Restaur. Gauditz nachh. 3 1/2 Uhr Seeburgstraße 84.
Tagesordnung: 1. Vortrag von Genossen Wendt über: Das Unfallversicherungsgesetz. 2. Diskussion hierzu. 3. Wahl von 3 Revisoren für das 2. Quartal. 4. Gewerkschaftliches. [5779
Mitgliedsbücher sind umzutauschen. Beiträge sind zu entrichten. Vollständiges Erscheinen erwartet D. E.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerbl. Arbeiter (E. H.) Zahlstelle Plagwitz.
Sonabend den 21. Juni abends 9 Uhr Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung im Kassensaal Restaurant National. [5786
Tagesordnung: 1. Neuwahl der Verwaltung. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Die Verwaltung.

Die Krankenunterstützungs- u. Begräbniskasse zu L.-Gohlis
Eingetr. Genossenschaft — Begründet 1880
hat ihre Zahlstunde im Restaurant Wändschhof zu Gohlis, und zwar Sonnabend nach dem 1. und nach dem 15. jeden Monats, wofür neue Mitglieder aller Gewerbe aufgenommen werden. [4727
Der Vorstand.

Allgem. Arbeiter-Radfahrer-Verein Leipzig.
Sonntag den 22. Juni nach Naunhof. Abfahrt früh 6 Uhr Johannsplatz.

Radfahrer-Verein Vorwärts, L.-Kleinbocher. (Mitgl. des A.-R.-B.)
Sonntag den 22. Juni: Familienausflug nach Oetzsch. Abm. 1/2 Uhr v. Vereinslokal.

Arbeiter-Radfahrer-Verein
* Verein *
Sonntag den 22. Juni 1902 (Anfang 8 1/2 Uhr)



Frisch auf! Schkeuditz.
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität.

2. Stiftungsfest
in Müllers Ballsaal, Bahnhofstraße [5812
Bestehend in Korb-fahrt, Konzert, Reigen-fahrer u. BALL. — Freunde und Gönner des Radfahrersports sind hiermit freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Schluss des Verkaufs
wegen Geschäftsaufgabe am **1. Juli.**
Preise staunend billig.
J. Joske, Konfektion u. Schuhwaren
7 Nürnberger Str. 7.

Albert Barnbecks
Rasier-, Friseur- u. Haarschneide-Salon
Saubere Bedienung, Desinfizierung gegen Warstiche [5793
Kleinigk., Baumann u. Wagnersstr.-Ecke.

Schwitzer für Herren u. Knaben
gibt billigst ab die Fabrik [3888
Weststrasse 67, pt.

Frankreich.

Mandatsprüfungen.

(.) Paris, 18. Juni. Die französische Kammer pflegt in Sachen der Mandatsprüfung sehr weitherzig zu sein. Das hängt mit manchen Mibständen des französischen Parlamentarismus zusammen.

Vor allem erschwert die mangelhafte Organisation der Parteieine wirksame Kontrolle der Wahlmogelegen. Der benachteiligte Kandidat muß schon über ein gewisses Ansehen und gute persönliche Freundschaften verfügen, um die Wahl seines Gegners mit Erfolg anfechten zu können. Und ist das gelungen, so wird der von der Kammer kassierte Mandatschleicher in 99 Fällen von 100 wiedergewählt, und zwar dank derselben Mächtschaften, welche die Kassierung seiner Wahl herbeigeführt hatten. Ein besonders drastisches Beispiel ist die Wiederwahl von Wilson, des berichtigten Schwiegerohnes des ehemaligen Präsidenten Grévy.

Zu dem kommt die gewerbmäßige Faulenzerei der Mitglieder der mandatsprüfenden „Bureaus“, und das sind sämtliche Deputierte, die durch Auslosung unter die 11 „Bureaus“ verteilt werden. Einen speziellen, durch Wahlen zu stande gekommenen Mandatsprüfungs-Ausschuß giebt es hier nicht. Bei der zufälligen Zusammenfassung der „Bureaus“ und der regelmäßigen Faulenzerei ihrer jedes Verantwortlichkeitsgefühl ermangelnden Mitglieder kann von einer ernstlichen Prüfung keine Rede sein. Die an einer gegebenen Wahl interessierten Mitglieder sind gewöhnlich in der Mehrheit zur Stelle und machen die Sache ziemlich unter sich aus. Häufig kommt es auch zu gegenseitigen Gefälligkeiten, zu einem Krühhandel zwischen den Freunden verschiedener Inhaber von zweifelhaften Mandaten...

Doch nach den letzten stürmischen Wahlen hatte man geglaubt, daß der angedeutete Unfug nicht mehr getrieben werden würde. Die Klust zwischen links und rechts, die durch die skrupellose Merikal-nationalistische Wahlmache noch weiter vertieft wurde, schien eine ernstliche Mandatsprüfung verbürgt zu stellen. Der sanftmütige Kammerpräsident Bourgeois selbst hatte ja von der „Pflicht der Schonungslosigkeit gegenüber dem Betrug und der Korruption“ während der Wahlen gesprochen. Trotzdem merkte man bis zur gestrigen Sitzung von jener Schonungslosigkeit rein gar nichts. Eine nationalistische Zufallsmehrheit in einem „Bureau“ konnte ruhig ein ganzes Aktienbündel von Wahlprotesten untersuchen und die korrupte Wahl eines Weidkandidaten durch die Kammer unter der üblichen Gleichgültigkeit als unbeanstandet für gültig erklären lassen! Als die Protestler davon erfuhr, war es schon zu spät. Erst durch diesen Streich gewigt, votierte die Mehrheit auf Antrag des Sozialisten Rouanet die vorherige Veröffentlichung der in der nächsten Sitzung zu prüfenden Wahlen. Indes hat die Kammer weiterhin u. a. die skandalöse Wahl des Merikal-Monarchisten de Kamel für gültig erklärt, trotz der von sozialistischer Seite beigebrachten Beweise für den von der betreffenden Grubengesellschaft ausgeübten Wahlbetrug.

Erst in der gestrigen Sitzung hat sich die Mehrheit streng gezeigt. In der Person des Pariser Abg. Syveton, des Kassierers der „Waterlandsliga“, ging sie mit dieser Liga ins Gericht, nachdem manche andere Pariser nationalistische Wahl, die mit den gleichen Mitteln zu stande gekommen, ohne jegliche Debatte bestätigt worden war. Lieber spät als niemals. Das Schwergewicht des Kammerbeschlusses liegt im Votum einer allgemeinen Resolution gegen die „antipatriotische Diffamationscampagne der Waterlandsliga gegen Franzosen“, gegen das demagogische Gehen mit dem Schlagwort „Kandidat des Kuzlandes“ alias „waterlandslose Gesellen“. Es ist erfreulich, daß die bürgerlichen Republikaner endlich sich gezwungen sehen, einen Unfug zu brandmarken, den sie vor gar nicht langer Zeit selber getrieben haben — zum Nachteil der sozialistischen Kandidaten. Die Waterlandsliga hat auch in dieser Beziehung eigentlich nur die allgemein-bürgerliche Ausschaltung des Patriotismus auf die äußerste demagogische Spitze getrieben.

Die Vinkmehrheit stimmte für jene Resolution wie ein Mann, einschließlich der Ueberläufer des Melinismus, wie Barthou zc. Die Melinisten enthielten sich der Abstimmung unter einem fadenförmig-heuchlerischen Vorwand. Sie haben allen Grund, die Wahlcampagne der gesinnungsverwandten Liga nicht zu brandmarken.

Was die über Syvetons Wahl angeordnete Enquete betrifft, so wird sie nur zur eingehenden Beleuchtung der

Wahlmache der Liga. Denn selbst im Falle der Kassierung des Mandats wäre seine Wiederwahl sicher.

Großbritannien.

Nein Zollverein! — Mac Hugh. — Zur Dampferubvention.

London, 19. Juni. Zur englischen Zollpolitik hat sich gestern im Unterhaus der Schatzkanzler in bemerkenswerter Weise geäußert. Bei der Beratung des Berichts über die Amendements zur Finanzbill beantragte Morley, den ersten Absatz bezüglich des Maiszollens zu streichen, und führte aus, die jüngste Erklärung von Hids Beach betreffend einen Zollverein habe der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß ein Wechsel der Finanzpolitik beabsichtigt sei. Asquith unterstützte alsdann den Antrag Morley. Hids Beach erklärte, die Ansicht, daß die Regierung dadurch, daß sie einen Zoll einführt, einen Wechsel in den Grundlagen des Finanzsystems beabsichtige, sei eine außerordentliche Täuschung; er stelle diese Absicht völlig in Abrede; es sei nicht die Politik der Regierung, den Handel mit den Kolonien dadurch zu fördern, daß man einen Zollkrieg mit fremden Nationen beginne, welche die bedeutendsten Kunden Englands seien. (Beifall.) Der Antrag Morley wurde hierauf mit 251 gegen 178 Stimmen abgelehnt.

Dem Standard zufolge wird in parlamentarischen Kreisen die Rede des Schatzkanzlers so aufgefaßt, daß durch dieselbe der Gedanke eines britischen Zollvereins erledigt ist.

Das Unterhaus setzte heute einen Ausschuß zur Unterstützung des Falles des Nationalisten Mac Hugh ein, der zu drei Monaten Gefängnis wegen Verleumdung des irischen Gerichtshofes, vor dem er wegen Vergehens gegen die coercion akt angefaßt ist, verurteilt worden ist.

Lord Brassey, der für eine Autorität in Schiffsahrtsangelegenheiten gilt, legte vor einer gewählten Kommission des Unterhauses die Notwendigkeit, die Dampfschiffahrtsgesellschaften zu subventionieren, dar und führte aus, dem Schiffsahrtsstrukt müsse durch Subventionierung der britischen Handelsflotte begegnet werden, als Gegenleistung müßte die Regierung das Recht haben, die Mitglieder für die Direktionen der subventionierten Gesellschaften zu ernennen. Die von der Handelsflotte zu stellenden Schiffschiffe würden die Augen der Kriegsstotte in einem Kriege sein und zu Aufklärungszwecken Verwendung finden; sie würden auch den Handel an allen Punkten der Welt schützen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

In den preussisch-sächsischen Eisenbahnliebhaberswürdigkeiten. Amlich wurde es schon wiederholt bestritten, daß zwischen der preussischen und der sächsischen Eisenbahnverwaltung Differenzen bestehen, die aus dem Bestreben Preussens entspringen, den lieben sächsischen Bruder kirre zu machen. Aber alles amtliche Zeugnis half nichts. Die Neuerung des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten im Abgeordnetenhause und andere Verkaufbarungen, bestätigten das Gegenteil des amtlichen Dementis. Offiziös wird nun dem Dresdener Journal dazu geschrieben:

Bei den Verhandlungen, die in den Jahren 1892/93 über eine Vervollständigung der preussisch-sächsischen Güterverkehrsleitung — übrigens nicht zwischen den Regierungen, sondern nur vorläufig zwischen den Eisenbahndirektionen — geführt worden sind, ist seitens der sächsischen Staatsbahnenverwaltung der preussischerseits gemachte Vorschlag, den preussisch-sächsischen Wechselverkehr über die kürzeste Verbindung zu leiten, nicht, wie es den Anschein haben könnte, einfach abgelehnt worden. Vielmehr hat die sächsische Generaldirektion sich ausdrücklich bereit erklärt, diesen Grundsat für den gedachten Wechselverkehr anzunehmen, sofern der gleiche Grundsat auch auf den bayerisch-preussischen Verkehr, soweit eine Beteiligung sächsischer Strecken in Frage kommen könnte, übertragen werde. Letzteres ist preussischerseits abgelehnt worden, womit sich die Verhandlungen zerschlagen haben. Im übrigen ist bereits seitens des früheren Finanzministers v. Waldow in der Sitzung der zweiten Kammer vom 12. Dezember v. J. ausführlich dargelegt worden, daß der Mißgang der Uebernahme der sächsischen Staatsbahnen weit mehr auf andere Ursachen als auf den preussischen Wettwerb und insbesondere auf die Vereinbarungen des Jahres 1895 über die Güterverkehrsleitung zurückzuführen ist, wie dies auch schon daraus hervorgeht, daß seit dem Bestehen dieser Vereinbarungen die sächsischen Staatsbahnen längere Zeit sehr günstige und teilweise sogar relativ günstige Erträge geliefert haben, als die preussischen Staatsbahnen. Auch sind die jetzt schwebenden Verhandlungen, die eine Einschränkung der zugelassenen Umwegdistanzen bezwecken, weniger in einseitiger Rücksicht auf die sächsischen Eisenbahnsinnungen, als vielmehr im gemeinschaftlichen Interesse eingeleitet worden. Endlich sei bei dieser Gelegenheit nochmals richtig

gestellt, daß von den Einnahmen des sächsischen Durchgangsverkehrs auf den nichtstaatlichen Verkehr von Osten nach Westen und von Norden nach den süddeutschen Staaten und umgekehrt im Jahre 1900 nicht nur, wie der Abg. Montard am 12. Dezember v. J. anführte, 675 000 Mk., sondern 1 084 657,50 Mk. oder 18,18 Prozent, im Jahre 1901 aber 1 212 528,19 Mk. oder 20,51 Prozent der Einnahmen aus dem Durchgangsverkehr entfallen sind.

pf. Meerane, 19. Juni. Besitz und Bildung gehören zusammen. Die Behauptung unserer bürgerlichen Moralprediger werden prächtig illustriert durch ein hierorts weit verbreitetes Gericht. Vor nicht so langer Zeit war in dem Laden eines Fleischerz, an einer der verkehrsreichsten Straßen gelegen, ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden. Der Dieb war mit einer Frechheit und mit so raffiniertem Geschick verfahren, daß es einem Einbrecher von Beruf alle Ehre gemacht hätte. Darob herrschte natürlich allgemeines Entsetzen. Hatte doch der Dieb das Schaufenster durchschnitten und durch dasselbe zwei Schichten herausbefördert. Der Dieb war spurlos verschwunden. Jetzt ist nun hier das Gericht verbreitet, daß es nicht ein, sondern eine ganze Kolonne gewesen sein soll, die den Einbruch ausgeführt hat. Das Interessante aber ist nun, daß die Diebe der hiesigen „besseren“ Gesellschaft angehören. Es handelt sich um eine Wette, die zweifellos diejenigen gewonnen haben, die den Einbruch auszuführen hatten. Dem Gericht nach soll die Wachsamkeit unserer Gefeschwächter Gegenstand der Wette gewesen sein. Wir sind über die Namen der Beteiligten nicht genau unterrichtet, soviel aber ist sicher, diese um die Wette einbrechenden Herrschaften gehören den hiesigen „besseren“ Kreisen an. Sehr oft wird der Name eines Industriellen genannt, den seine politischen Freunde zu einer zukünftigen nationalliberalen Stütze von Staat, Altar und Thron auserkoren haben. Wie würde die Amtsbaltpresse nicht Peter und Paul schreien, wenn sich einmal Arbeiter zu solchen Wetten versteinen würden. Oder, was würde wohl ein Richterkollegium zu einem bei ähnlicher That erklappen armen Schlucker sagen, der seinen Einbruch damit zu rechtfertigen sucht, daß er die Wachsamkeit der Polizei oder der Nachtwächter erproben wollte. Man darf mit Recht darauf gespannt sein, ob die Namen der einbrechenden Ullwilder nicht noch öffentlich bekannt und der Polizei mitgeteilt werden. Was dann geschieht, ist vielleicht noch interessanter.

e. Chemnitz, 19. Juni. Am 23. Mai war der Unteroffizier Friedrich Hermann Lippold, geboren am 20. Juni 1877 in Neßschau und zur 4. Comp. des 9. Infanterie-Regiments Nr. 133 (Zwickau) gehörig, mit der Abstempelung von Henden beschäftigt. Bei dieser Gelegenheit verlangte er vom Soldaten W. dessen Hemb. Dieser erwiderte, wie von Zeugen unter Eid bestätigt wurde, in anständigem militärischem Tone, daß er es eben auf dem Leibe trage. Der Herr Unteroffizier hatte aber eine Bete auf W.; er beschimpfte ihn in unflätiger Weise: „Kohnast, Lausjung, Spitzhube“ und spie ihm in das Gesicht. Damit nicht genug, warf er ihn gegen einen Schrank und später durch einen Stoß ins Kreuz gegen die Wäre, daß W. in beiden Fällen stürzte. Kurze Zeit darauf ließ er den Mißhandelnden in das Unteroffizierszimmer kommen. Hier sagte er ihm an der Brust, schüttelte ihn kräftig ab und nannte ihn einen Kohnast. Wegen Verleumdung, vorchriftsmäßiger Behandlung und Mißhandlung eines Untergebenen hatte er sich am 19. Juni vor dem Kriegsgerticht zu verantworten. Er wurde von vornherein vom Verhandlungsführer darauf aufmerksam gemacht, daß er milde Richter finde, wenn er sich zu einem Geständnis bequeme; die Anklage werde durch die Zeugenaussagen doch gedeckt. Im Gedächtnis des Angeklagten haßte aber nur noch die Erinnerung, daß der mißhandelte Soldat W. nachlässig Stellung genommen und in achtungsverletzender Weise geantwortet habe. Bezüglich der Beschimpfungen und Mißhandlungen ließ ihn aber sein Gedächtnis schwinden im Stich; er konnte sich nicht darauf besinnen und gab unter der Last der Beweise nur die Beschimpfungen als möglich zu. Mit Rücksicht auf die schmerzlichen Verleumdungen verurteilte das Gericht die Annahme eines minder schweren Falles und vollstreckte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. Im vollen Umfange war der Tatbestand der Anklage erwiesen worden. Strafmildern kam die bisherige Unbelohntheit des Angeklagten und die gute Beurteilung, die ihm sein Compagniechef zu teil werden ließ, in Betracht; ferner hatte das Gericht zu Gunsten des Angeklagten eine einheitliche Handlung angenommen.

Grimmitschan, 19. Juni. Die Inhaberin einer hiesigen Weinstube, in der ausschließlich die Söhne und Väter „hochachtbarer“ und vermöglicher Familien verkehrten, wurde vom Landgericht Zwickau wegen Kupplerei zu 6 Wochen Gefängnis und 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Auf wem Kampf für Religion und Sitte!

Auerbach i. B., 19. Juni. Der hiesige Stadtrat hat die Errichtung einer Ortskrankenkasse abgelehnt. — Ja, die Auerbacher Stadtväter!

ee. Auerbach i. B., 19. Juni. Wie wir schon wiederholt mitteilen, stehen die hiesigen Arbeiter seit Jahren in einem Kampfe um Errichtung einer Ortskrankenkasse. Auf die letzte Eingabe des Gewerkschaftskartells veranstaltete der Stadtrat eine „Gelegenheit zur Aussprache der Beteiligten“ dergestalt,

Kleine Chronik.

Leipzig, 20. Juni.

Theaternachrichten. Infolge des Ablebens des Königs bleiben die beiden städtischen Bühnen bis auf weiteres geschlossen.

Neues Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen von Franz Grillparzer. Für dieses zarteste der Bühnenwerke des österreichischen Dramatikers fehlt es unserer Bühne zur Zeit an den geeigneten Darstellern und wir können nicht sagen, daß das Wagner, diese Bearbeitung der Sage von Hero und Leandro mit den vorhandenen Kräften auszuführen, glücklich sei. Fr. Laues Hero krankte an demselben Grundgebrechen, das uns neulich ihre Melitta in Sappho als verunglückt erscheinen ließ; sie war absolut keine Griechin. Die Dame hat sich für ihre Liebeszenen einen überweichen und überfühen Ton zurechtgemacht, der für moderne Dämchen angehen mag, aber für diese junge Priesterin ganz und gar nicht passen will. Sie dehnt die Worte, um nur ja recht lieblich, recht kindlich, recht unschuldig zu sein, sie säuselt und lästelt und flüstert und haucht, daß es einem angst und bange werden möchte, und was sie an Süßigkeit zu viel giebt, läßt sie an stolzer priesterlicher Hoheit und schwärmerischer Exaltation fehlen. Das ist um so bedauerlicher, als sie anders kann, wenn sie nur will, was sie im letzten Akt bewies. Am meisten gefiel sie uns in der weichen, schmachtenden, selbstübergessenen Zerfloffenheit beglückter Liebe, die im Nachhaken des Genusses schwebt; hier war ihr Ton gerechtfertigt und ihr Dheim, der Oberpriester, hatte es leicht, zu erraten, daß sie in stiller Nacht in den Armen ihres braunen Fischerknabens geruht und ihn wieder herbeisehnte von fernem Küste. — Auch der Leandro des Herrn Pfeister war unzulänglich; man glaubt ihm zuwider nicht, daß er von Sextos nach Abgodos und zurück schwinnt, eine Sportleistung allerersten Ranges, die bekanntlich Lord Byron, worauf er nicht wenig stolz war, dem griechischen Dichter nachgemacht hat. Ist schon das ein

Uebelstand, so fehlt ihm bei allem guten Willen, den hinlängliches Verständnis der Rolle unterstellt, doch der Schwung und Zug, dessen dieser griechische Romeo nicht entraten kann und ein gelegentliches Wespulieren ist kein genügender Ersatz. Da auch der Oberpriester des Herrn Wachterdt vergebens gegen die nur allzu frische Erinnerung an Försters Glangleistung in dieser Rolle ankämpfte und recht energisch war, aber die milde Würde des mit seiner Schwäche des menschlichen Verzens unbekanntem Priester doch notwendiger vernünftigen ließ, während der Kauerlos des Herrn Taeger zu modern und nicht auf den Ton der Tragödie gestimmt war und Fr. Heussgens Zanthe nicht recht tonnte, was sie mit dieser Veritanten der eibbrüchigen Priesterin anfangen sollte, so kam es ganz von selbst, daß poetisch-schöne, rührende und naive Stellen der Dichtung beim Publikum eine sehr malplacirte, aber auch äußerst gefährliche und zum Glück rasch unterdrückte Heiterkeit weckten. Das durfte nicht sein; daß es dazu kam, war hauptsächlich die Schuld der Darsteller, freilich auch bis zu einem gewissen Grade die Schuld der Zuschauer: unserem Publikum, einem doch überwiegend norddeutschen, fehlt bei naive Innigkeit, auf die Grillparzer in Wien rechnen konnte und die seine Stöße voraussehen. Was ganz leucht, rein und innig gedacht ist, läuft Gefahr, halb cynisch aufgefaßt zu werden und stimmt ein doch schon zu bläueres Publikum ironisch, wie das der alte Praktikus Heinrich Laube sehr richtig hervorgehoben hat; Stände, wie dieses, wirken in Wien ganz anders als in Berlin, und auf das moderne Groß-Leipzig hat Berlin doch schon etwas abgefärbt. Ganz tadellos waren eigentlich nur der Kempelküter (Herr Körner) und Peros Eltern (Herr Futh und Frau Kunzichmann), so daß man es nicht gerade als eine empfindliche Störung eines reinen Kunstgenusses anzugehen brauchte, als mitten im letzten Akt Herr Oberpriester Adler vor die Pörschensgardine trat und verkündete, daß König Albert von Sachsen um 8 Uhr gestorben sei und daß auf Ratsbeschuß die Vorlesung abgebrochen werden müsse.

R. L-t.

— Die Ringers Beethoven entstanden ist. Aus Leipzig wird der Frankfurter Zeitung geschrieben: Unter dem Titel Max Ringers Beethoven veröffentlichte die Leipziger Meißner nahelebende, von ihm auch in einer bekannten polychromen Wüste dargelegte Elsa Hensjess bei Hermann Semann-Leipzig eine Studie, die besonders nach der kunsttechnischen Seite hin sehr viel Interessantes enthält. Mit besonderer Sorgfalt wird darin über das Bronzegegüßverfahren berichtet; so wird bei dem in einem Stück von Vingen-Baris gegossenen Thronstiel wieder die bisher verloren gegangene Technik des sogenannten „Verloren-Form“-Verfahrens angegeben, wobei das vom Künstler geschaffene Wachsmodeil der Vernichtung anheimfällt. An dem Wachsmodeil hat Ringer, wie wir hier erfahren, sechs Monate lang täglich zehn Stunden gearbeitet; die Herstellung des aus seinem Sande gebliebenen Formmantels zu dem Erzthron nahm dann noch nahezu ein Jahr in Anspruch. Eine besonders lebendige Schilderung widmete Hensjess vor allem dem Tag des Gusses, wo Gießer und Künstler bei schwierigen Manipulationen von früh 7 Uhr bis 2 Uhr nachts zwischen Furcht und Hoffnung schwebten.

— Ein neuer Peruginio? Bei einer Familie in Treviso fanden Kunstfreunde ein völlig unverdorrenes Bild, dessen Sujet nicht einmal mehr zu erkennen war. Da das Bild jedoch sehr alt schien, ließ man es reinigen, und siehe da, nach einer sorgfältigen mildeboolen Arbeit von 3 1/2 Monaten kam eine ihr Kind anbetende Madonna und im oberen Teile drei singende Engel zum Vorschein. Auf dem Kleide der Madonna aber las man klar und deutlich: PIER. P. V. GINO; was bedeutet: Pietro Pittore Vannucci-Peruginio. Das Bild, das von den Kunstfreunden der Familie für wenige hundert Lire abgekauft war, ist nach dieser Entdeckung gewaltig im Werte gestiegen. — Peruginio, oder wie er eigentlich heißt, Pietro Vannucci, war Hauptmeister der unbrüchigen Malerschule und Lehrer Raffaels; er ist 1523 gestorben. In seinen Hauptwerken paart sich Innigkeit des religiösen Gefühls mit Strenge der Komposition.

daß er diejenigen, die für die Errichtung sind, aufforderte, auf das Rathaus zu kommen, um dort ihre Unterschrift zu geben. Es gaben daraufhin auch etwa 1100 Arbeiter ihre Stimme für die Gründung ab. Das grüßt den Stadtrat aber immer noch nicht, denn er lehnte in seiner letzten Sitzung die Gründung ab. Weiter können die Arbeiter nichts dagegen machen. Nach den einschlägigen Gesetzen kann die Stadtverwaltung erst dann gezwungen werden, eine Ortskrankenkasse zu errichten, wenn mehr als die Hälfte der Beteiligten ihre Stimme dafür abgegeben haben. Die bestehende mangelhafte Gemeindefrankenversicherung hat aber annähernd 4000 Versicherte. Und so wird Kurbach, eine Stadt von etwa 10000 Einwohnern, die rückständigste aller Klassenformen behalten. Hier offenbart sich ein großer Mangel des Krankenversicherungsgesetzes.

Zischow, 19. Juni. Dem Bürgermeister Rosenfeld in Augustsburg hatten die Ordnungsparteien in 20. Reichstagswahlkreise die Kandidatur für die nächstjährige Reichstagswahl angeboten. Herr Rosenfeld hat aber keine Lust, im nächsten Jahre gegen den jetzigen Mandatsinhaber, Genossen Rosenow, durchzufallen und will dieses Vergnügen einem seiner Gefinnungsgenossen überlassen. Das Augustsburger Wochenblatt berichtet nämlich, daß Herr Rosenfeld die Kandidatur ablehnt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Das frühere Varietorgan, Bogisländische Volkszeitung, wird vom 1. Juli ab unter dem Titel: Sozialdemokratische Tagesblätter erscheinen. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie soll die Hauptaufgabe des Blattes für die Zukunft sein. — Auf gräßliche Weise ist am Donnerstag der Gutsbesitzer Neger in Kleinschönau bei Bittau um Leben gekommen. Als Neger auf einer ihm gehörenden Pflanzung im Begriff war, seine vor die Nähmaschine gespannten Pferde mit Brot zu füttern, wurden dieselben durch das Schießen von in der Nähe manövrierenden Soldaten erschossen und gingen durch. Neger geriet hierbei unter die Nähmaschine, deren Messer ihm das Fleisch am linken Bein der Länge nach bis auf die Knochen durchschnitt. Außerdem erlitt er eine schwere Kopfverletzung durch einen Fingerring eines Pferdes. Der Verunglückte wurde sofort nach Hause transportiert. Leider war keine Rettung mehr möglich. Neger, der einen großen Blutverlust erlitten hatte, starb bald infolge der furchtbaren Verletzungen. Wie verurteilt, soll der auf so schreckliche Weise ums Leben gekommene vorher noch die in der Nähe manövrierenden Soldaten gebeten haben, nicht zu schießen, da seine Pferde dadurch sicher werden könnten. Warum dieser Bitte nicht entsprochen wurde, ist nicht bekannt. — Ein ansehnlicher Wänschling ist in Meibach bei Plauen i. V. gemacht worden. Beim Grundgraben zum Bau einer Stallung wurde etwa einen halben Meter tief an einem alten Hollunderstamm ein Lebersteint gefunden, der beim Angreifen zerfiel. Der Stein enthielt etwa 1000 Stück gut erhaltene Silbermünzen, meist in der Größe von 1/2 und 1/4 Thalerstücken aus der Zeit des 17. und 18. Jahrhunderts. — Auch in Döbeln wurde ein ähnlich wertvoller Fund gemacht. In der hiesigen Gaskanalität hat man beim Grundgraben in 1 Meter Tiefe einen urchenähnlichen Topf mit über 100 gut erhaltenen Silbermünzen aus der Zeit Ottos des Reichen (1156—1190), des Begründers des Meißener Bergbaues, gefunden.

Halle a. S., 18. Juni. Der hiesige Titularprofessor Suchsland, im Nebenamt Vorsitzender des hiesigen Konservativen Vereins, ist ein weitverbreiteter Feind der Konsumvereine. Er hat an die drei größten Vereine: Beamten-, Allgemeiner und Viehhändler Konsumverein folgende Warnung gerichtet: „Hierdurch teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß ein großer Teil ihrer Handlungen sowohl gegen § 81 als auch gegen § 149 des Reichsgesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 verstößt, indem Sie durch ein unerlaubtes Markensystem von vielen hiesigen Gewerbetreibenden große Summen, angeblich Rabatt zu Gunsten Ihrer Genossenschaft rechtswidrig einziehen. Wir haben die nötigen Schritte zur Abstellung dieser ungeheuren Schädigungen des hiesigen Erwerbslebens gethan, möchten aber nicht veräumen, Sie schon jetzt von der Gefährlichkeit Ihrer Handlungen in Kenntnis zu setzen, damit Ihnen u. a. in Rücksicht auf § 819 des Bürgerlichen Gesetzbuches vom heutigen Tage an die Einrede der Unkenntnis Ihres gesetzwidrigen Handelns entzogen ist. Ergebenst der Vorstand des Konservativen Vereins für Halle a. S. und den Saalkreis. Z. N.: Prof. Dr. Suchsland, Vorsitzender.“

Der Allgemeine Konsumverein antwortete darauf in einer Zuschrift an die konservative Halle'sche Zeitung und fordert Herrn Dr. Suchsland auf, sofort vor der Öffentlichkeit seine Beschuldigungen zu beweisen. Wir fürchten, der Herr Professor wird mit seiner blindwichtigen Agitation gerade das Gegenteil von dem erreichen, was er anstrebt.

Naumburg a. S., 19. Juni. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Dachdecker Ordnung und den Tischler Wendel aus Weissenfels wegen gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlages und versuchten schweren Raubes zu 7 bzw. 4 Jahren Zuchthaus. Die beiden hatten am Abend des 12. Februar d. J. versucht, den Geschäftsführer des Blumenreichschen Geschäftes in Weissenfels zu berauben und umzubringen.

Der Zusammenbruch der Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

f. Leipzig, 19. Juni 1902.

Wörter Tag der Verhandlung. (Schluß.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt Staatsanwalt Dr. Weber an Dr. Gensh die Frage: Er müsse doch gewußt haben, daß Direktor Exner waghalsige Geschäfte zuzutragen seien, denn er habe bei dem Untersuchungsrichter gesagt: Ich wußte, daß Exner ein Durchgänger war. — Dr. Gensh: Er gebe zu, dies gesagt zu haben, er habe aber doch nicht geglaubt, daß Exner sich so weit mit der Treber-Gesellschaft einlassen würde. Hätte er geglaubt, daß er für die Geschäfte verantwortlich gemacht werden würde, die bei seinem Eintritt längst eingeleitet waren, dann würde er die Wahl zum Direktor nicht angenommen haben. — Angeklagter Dr. Fiebiger bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Er habe Dr. Gensh bei dessen Eintritt über alles aufs genaueste unterrichtet. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Hatte Herr Dr. Fiebiger den Eindruck, daß Exner etwas verheimlicht hat? Angeklagter Dr. Fiebiger: Das kann ich eigentlich nicht sagen.

Auf weiteres Befragen bemerkt Angeklagter Dr. Fiebiger: Er habe einmal die Wahrnehmung gemacht, daß der an die Treber-Gesellschaft gewährte Kredit bereits 33 Mill. Mk. betrug. Er habe deshalb Dr. Gensh gegenüber seine große Verwunderung ausgesprochen mit dem Bemerkten: er habe geglaubt, der gewährte Kredit betrage nur 23 Millionen Mark. Nun seien es aber 33 Millionen. Dazu kommen noch 2 Millionen Effekten, das sei also die Hälfte des gesamten Aktientkapitals nebst dem ganzen Reservefonds. Dr. Gensh antwortete: Leider, wir werden

wohl jetzt unser Kapital erhöhen müssen. — Vorsitzender: Herr Dr. Gensh, Sie haben einmal gesagt: Seit Sommer 1898 hatten Sie keine ruhige Minute mehr? Angekl. Dr. Gensh: Das ist richtig, das hohe Obligo mit der Treber-Gesellschaft machte mich sehr bedenklich. Vors.: Erklären Sie Ihnen nicht auch bedenklich, daß Schmidt, ohne zu fragen, auf die Leipziger Bank Wechsel zog? — Dr. Gensh: Allerdings auch. — Vors.: Weshalb haben Sie es alsdann zugelassen, daß noch 10 Prozent Dividende bezahlt wurden; es hätte sich doch empfohlen, Abschreibungen zu machen, anstatt eine solche hohe Dividende zu zahlen. — Dr. Gensh: Ich hatte allerdings diesen Gedanken. — Vorsitzender (heftig): Dahinter können Sie sich aber nicht verschämen. Sie fanden die Notlage, in der sich die Bank bereits befand. Sie wußten, daß das Obligo eine ganz bedeutende Höhe erreicht hatte. Sie sprachen allerdings von „stillen Reserven“. Diese betragen doch aber nur zwei Millionen und bildeten für eine Schuld von annähernd 40 Millionen keinerlei Deckung. Ihre Pflicht wäre es gewesen, zu beantragen, daß, anstatt 10 Prozent Dividende zu zahlen, Abschreibungen vorgenommen wurden, und Sie hätten einer Dividendenzahlung Ihre Zustimmung versagen müssen. — Der Angeklagte schweigt.

Staatsanwalt Dr. Weber beantragt, nunmehr die Korrespondenz zwischen Schmidt und Exner zu verlesen, aus der hervorgehe, daß Exner sich nach den Geschäften mit der Treber-Gesellschaft gedrängt habe. — Der Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon beantragt, die Verlesung jetzt noch nicht vorzunehmen, da alsdann Exner über jeden einzelnen Brief gehört werden müßte. — Nach längerer Beratung beschließt der Gerichtshof: die Verlesung der Briefe aus Zweckmäßigkeitsgründen jetzt noch nicht vorzunehmen, da dies eine Verwirrung in die Verhandlung bringen würde. — Es wird danach der Sachverständige Direktor Herrmann über die Finanzierung der von der Treber-Gesellschaft vorgenommenen Kapitalerhöhung vernommen: Der Sachverständige bemerkt auf Befragen: Die Provision für die erste Finanzierung war leichtfertig niedrig. Die Provisionen für die weiteren Finanzierungen waren hoch. Allein eine industrielle Gesellschaft wie die Treber-Gesellschaft, die fortwährend in der Presse angegriffen wird, muß sich schon zu einer hohen Provision verstehen. Bedenklich war es nur, daß die neuen Aktien wohl kaum vom Publikum gekauft, sondern innerhalb des Konzerns blieben. Darin lag für die Leipziger Bank das Risiko. Die Leipziger Bank mußte der Treber-Gesellschaft den Betrag der Kapitalerhöhung vorschleichen und erhielt dafür nur Aktien. Die Aufsichtsratsmitglieder der Treber-Gesellschaft machten ja auch von ihrem Bezugsrecht vollen Gebrauch. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Wenn 1896 die Aufsichtsratsmitglieder der Treber-Gesellschaft, die damals noch sämtlich Millionäre waren, ihr volles Bezugsrecht ausübten, dann hätte doch die Leipziger Bank kein Risiko? — Sachverständiger: Doch, wenn nur die Aufsichtsratsmitglieder die neuen Aktien aufnahmen, dann erhielt das Bankhaus kein bares Geld, sondern immer nur Aktien. Wenn das Publikum die Aktien nicht kauft, dann kommen dieselben auch nicht in potente Hände. Verl.: Justizrat Dr. v. Gordon: Potent waren die Aufsichtsratsmitglieder der Treber-Gesellschaft gewiß. Sachverständiger: Das konnte aber der Leipziger Bank nichts nützen. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Es wurde gefehlt von Herrn Vorsitzenden bemerkt, der Umstand, daß die Firma Jacob Landau 800 000 Mk. Provision verlangte, hätte die Angeklagten überzeugen müssen, daß man die Treber-Gesellschaft für faul hielt? Sachv.: Das ist schwer zu sagen. Ein Bankhaus kann allerdings in der Lage sein, zu sagen: Ich werde eine ganz unbeschreibene Forderung stellen, dann erhalte ich den Zuschlag bestimmt nicht. (Heiterkeit). Der Sachverständige bemerkt in weiteren auf Befragen: Gegen die Bildung des Trust-Syndikats zwecks Übernahme der Tochtergesellschaften lasse sich wenig einwenden. — Sachv. Kommerzienrat Blaut: Die Übernahme der neuen Aktien bei der 1896 bewirkten Kapitalerhöhung konnte damals für die Leipziger Bank selbst bei dem Zinsfuß von 17 1/2 Prozent, von Vorteil sein, nicht aber bei den späteren Kapitalerhöhungen, wo die neuen Aktien keine Käufer mehr fanden. Betreffs des Trust-Formulums kann ich Herrn Direktor Herrmann nicht bestimmen. Wenn eine Gesellschaft 20 Proz. Gewinn für die Übernahme von Aktien verspricht, dann muß man einsehen, daß die Gesellschaft nicht mehr sein ist. — Nach längerer Erörterung der Gründung einzelner Tochter-Gesellschaften wird gegen 2 1/2 Uhr nachmittags die Verhandlung auf Freitag vormittags 9 Uhr vertagt.

f. Leipzig, 20. Juni 1902.

Fünfter Tag der Verhandlung.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller eröffnet gegen 9 Uhr vormittags wiederum die Sitzung. Es wird heute mit der Zeugenvernehmung begonnen. Zunächst wird Prokurist Buthe als Zeuge aufgerufen und unter vorläufiger Aussetzung der Verlesung vernommen. Dieser beauftragt auf Befragen des Vorsitzenden: Ich war früher bei der Privatbank in Götha, 1896 trat ich in die Leipziger Bank ein. Ich sollte zunächst Herrn Dr. Gensh unterstützen. Später hatte ich die Konfortial-Abteilung zu bearbeiten. Im weiteren Verlauf wurde mir die Kreditkontrolle der Centrale und die der Filiale Chemnitz, zu denen später noch einige Filialen hinzutraten, übertragen. Dazu kamen sehr bald sehr umfangreiche Emissionen, ganz besonders Pfandbrief-Emissionen, ferner das Hypothekenswesen, die Gründungsangelegenheit, der Aktienverkauf, der Verkehr mit den Behörden etc. Alle diese Dinge unterstanden dem Sekretariat, dessen Leiter ich war. Auch die Geschäfte mit der Treber-Gesellschaft wurden dem Sekretariat überwiesen. Die Arbeiten des Sekretariats erweiterten sich im Laufe der Jahre immer mehr. Die Buchhaltung des Sekretariats stand aber mit der Hauptbuchhaltung in enger Verbindung, so daß die Hauptbuchhaltung stets einen vollständigen Überblick über die Buchungen des Sekretariats hatte. Das Sekretariat hat niemals selbständig Werte, etwa wie eine Filiale, begeben. Im weiteren Verlauf wuchsen die Geschäfte der Bank immer mehr, es ergab sich daher die Notwendigkeit, die Kontrolle zu vermehren. Insbesondere wurde eine genaue Wechselkontrolle eingerichtet. — Vorsitzender: Wann wurde diese Wechselkontrolle eingerichtet? — Zeuge: 1898/99.

Der Zeuge bemerkt im weiteren: Es wird wohl in der Hauptbuchhaltung keinen Menschen geben, der zu der Annahme kommen konnte, es werde im Sekretariat irgend ein Konto geführt, das der Hauptbuchhaltung nicht zugänglich sei. Bücherrevisor Böhm hat im übrigen aufs genaueste jedes einzelne Konto geprüft. Vors.: Wie viel Konten wurden denn für die Treber-Gesellschaft geführt? Zeuge: Genau kann ich dies nicht sagen, ich glaube, es waren weit über 100. — Der Angeklagte Exner bemerkt: Das Konto Schmidt sei in der Hauptabteilung geführt worden. — Auf Befragen des Verteidigers Justizrat Dr. Gordon bemerkt der Zeuge: Es sei eine große Anzahl Kontofortalskonten, die nicht mit der Treber-Gesellschaft zusammenhängen, geführt worden. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Wie wurde es mit den Briefen gehalten, die an die Bank kamen? — Zeuge: Alle Briefe, die an die Subdirektion kamen, wurden, soweit sie nicht an die Direktoren persönlich adressiert waren, von diesen geöffnet und erledigt. Die Korrespondenz wuchs auch immer mehr, so daß die Erledigung schließlich einer besonderen Abteilung übertragen wurden. Die Verantwortung der Briefe wurden teils auf Anweisung, teils laut Diktat des Direktors Exner erledigt. Die Staatsanwaltschaft hat im Mittelzimmer im Pult des Herrn Direktor Exner eine Anzahl Briefe gefunden. Wir war genau bekannt, daß in diesem von Herrn Direktor Exner Briefe aufbewahrt wurden. Vorsitzender: Hatten Sie die Schlüssel zu diesem Pult? Zeuge: Nein, ich wußte mir immer erst die Schlüssel geben lassen. Staatsanwalt Dr. Weber: Wissen Sie, ob Dr. Gensh einen Schlüssel zu diesem Pult hatte? Zeuge: Das weiß ich nicht, jedoch aber Herr Direktor Exner verneinte, bekam er von diesem sämtliche Schlüssel. Staatsanwalt: Sind Sie der Meinung, daß Dr. Gensh über die Geschäfte mit der Treber-Gesellschaft unterrichtet war? Zeuge: Das glaube ich doch. — Staatsanwalt: Weshalb glauben

Sie das? Zeuge: Weil das Konto ordinaria einen vollständigen Überblick über die Geschäfte mit der Treber-Gesellschaft gab. Es wurden außerdem Listen angelegt, so daß man jederzeit einen vollständigen Überblick über die Geschäfte mit der Treber-Gesellschaft gewann. — Vors.: Wann wurden diese Listen angelegt? Zeuge: Ende 1900. — Auf Befragen des Rechtsanw. Dr. Behme giebt der Zeuge eine eingehende Beschreibung über den Aufbau, in dem die Listen aufbewahrt wurden. — Rechtsanw. Dr. Behme bemerkt: Nach der Beschreibung hat der Angeklagte Dr. Fiebiger nicht die Listen, sondern nur das Konto ordinaria gesehen.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Drücker: Sie sagten vorher, es war bekannt, daß Direktor Exner eine Anzahl Briefe in seinem Pult verschlossen habe, Sie gaben aber auch zu, daß Herr Direktor Exner Sie fragte, in welcher Weise eine ordnungsmäßige Aufzeichnung der Briefe vorzunehmen sei? Zeuge: Jawohl. — Vorsitzender: Felt nicht aber, daß die Briefe in dem Pult des Direktors Exner vollständig ungeordnet vorgefunden wurden. Zeuge: Das ist mir nicht bekannt. — Verteidiger Justizrat Broda: Bleibt nach der Befragung dieses Zeugen Herr Direktor Herrmann dabei, daß die Buchhaltung des Sekretariats unzulässig war? Direktor Herrmann: Daß die Buchhaltung des Sekretariats der Hauptbuchhaltung zugänglich war, habe ich nicht bezweifelt. Die Buchhaltung des Sekretariats mußte ja der Hauptbuchhaltung zugänglich sein, da das Sekretariat keine besondere Kasse führte. Ich verneine aber trotzdem den Kontakt des Sekretariats mit der Hauptleitung. Die Buchhaltung, wie sie der Herr Zeuge geschildert hat, ist ja ganz korrekt. Ich würde aber auch eine Zwischen-Abteilung geschaffen haben, die eine Gesamtaufstellung vom Sekretariat und der Hauptabteilung zu machen gehabt hätte. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Hatten Sie die Art der Buchung bloß für nicht praktisch oder auch für nicht zulässig? Direktor Herrmann: Lieber die Zweckmäßigkeit kann ich als Sachverständiger kein Gutachten abgeben, ob die Buchführung zulässig war, läßt sich schwer sagen. — Sachverständiger Kommerzienrat Blaut: Diese Art der gebotenen Buchführung mache es möglich, daß Schiebungen betreffs einzelner Konten vorgenommen werden könnten. Abgesehen von dieser Möglichkeit ist die von den Zeugen geschilderte Buchführung durchaus loyal und korrekt. — Professor Lampert schließt sich diesem Gutachten im wesentlichen an. — Der folgende Zeuge, Buchhalter Bremker, der ebenfalls unter vorläufiger Aussetzung der Verlesung vernommen wird, bekundet: Er sei ebenfalls im Sekretariat thätig gewesen. Der Zeuge giebt alsdann eine eingehende Schilderung über die Art der im Sekretariat geführten Buchführung, die in der Hauptsache von Direktor Exner angegeben war. Der Vorsitzende verliest alsdann das Protokoll der Aufsichtsratsitzung vom 31. August 1898. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon weist danach darauf hin, daß zwei Tage vorher die Obligo-Kommission gelangt habe. — Auf Befragen des Vorsitzenden bemerkt Angeklagter Exner: Daß die Sicherheit für den der Treber-Gesellschaft gewährten Kredit aus Treberwerten bestand, war auch den Aufsichtsratsmitgliedern bekannt.

Im weiteren verliest der Herr Vorsitzende zwei Briefe, die Schmidt an Exner im Mai 1898 aus Baden-Baden geschrieben hat. Der erste Brief lautet etwa: „Mein lieber Freund! Ich sehe nun hier und muß mich zu meiner Erholung über die Angriffe der Frankfurter Zeitung ärgern. Eine Wiederlegung halte ich für überflüssig, das Blatt schreibt doch was es will und ist nicht zu befehren. Wir können nichts Besseres thun, als die Angriffe durch möglichst schlaunige Aufstellung widerlegen. Ich hatte deshalb Angst, eine Kapitalerhöhung der Bösnischen Gesellschaft schon jetzt vorzunehmen, obwohl Bosnien vorzüglich steht. Vorwiegend in Wien teilt meine Bedenken, Dr. Franz ist dagegen anderer Meinung.“

In dem zweiten Briefe heißt es: Haben Sie die albernen Angriffe im Berliner Börsenkurier gelesen? Dieser Artikel verbietet kaum, widerlegt zu werden. Der Schreiber hat etwas läuten hören, er weiß aber nicht, wo die Glocken hängen. Der Börsenkurier fährt: „In Bosnien entsprechen die Einrichtungen nicht den Verhältnissen. Wir haben dieselben Einrichtungen wie alle anderen Fabriken und sind selbstverständlich auch bemüht, Verbesserungen vorzunehmen.“ — Am 4. Juni 1898 schrieb Exner an Schmidt: „Mein lieber Freund! Wie ich ersehe, ist ihr Konto bei uns ganz außerordentlich angewachsen. Trotz meiner wiederholten Mitteilungen Sie fort, Tratten auf uns zu geben. Von den Emissionsgeldern haben Sie bei uns nicht nur alles abgehoben, sondern Ihre Schuld ist noch ganz unendlich gewachsen. Das kann unmöglich so weiter gehen. Wir können den Kredit nicht noch erhöhen, zumal die uns als Deckung gegebenen Werte vorläufig nicht realisierbar sind. Damit wollen Sie diesmal Ihre Dividende bezahlen und wie wollen Ihre Aufsichtsratsmitglieder ihre Anteile für die neuen Aktien aufbringen? Ich muß Sie daher dringend bitten, dafür zu sorgen, Ihren Kredit zu reduzieren und sich größerer Sparsamkeit zu befleißigen.“ — Vorsitzender: Angeklagter Exner, aus diesem Briefe geht hervor, daß Ihnen die Lage der Treber-Gesellschaft im Juni 1898 vollständig bekannt war. Exner: Ich schrieb den Brief hauptsächlich, weil ich Schmidt von der hohen Dividendenzahlung abhalten wollte. Vorsitzender: Aber trotzdem zahlte Schmidt die hohe Dividende und Sie gaben das Geld dafür aus der Kasse der Leipziger Bank her? Der Angeklagte schweigt. — Auf diesen Brief antwortete Schmidt dem Exner am 6. Juni 1898 aus Baden-Baden. Schmidt sucht Exner zu beruhigen und diesem die Entwicklungsfähigkeit der Tochtergesellschaften in glänzendem Lichte zu schildern. Die Montagfabriken in Italien, Rußland etc. verschlingen eine Unmasse Geld. Die Welt würde es nicht verstehen, wenn wir jetzt den Bau der Fabriken einstellen wollten. Vorläufig muß man allerdings mit der Kapitalerhöhung noch warten, bis die Gemüter sich mehr beruhigt haben. Die Angriffe in den Zeitungen haben uns doch sehr geschadet, man ersieht daraus, welche kolossale Macht die Presse hat. Man glaubt, sich betreffs der Lieferungen uns gegenüber alles erlauben zu können. Otto (Dortmund) und ich sind allerdings mit 550 000 Mk. bei der Treber-Gesellschaft belastet. Die Dividenden und Lantleimen werden aber alles ausgleichen. Wenn erst die Fabriken sämtlich in Betrieb sind, dann wird sich alles wieder machen. Wir werden alsdann wieder neues Geld erhalten. In weiteren Briefen Schmidts an Exner heißt es: Wir müssen angesichts der Preisangriffe in der Auffassung der Bilanzen und Geschäftsberichte sehr vorsichtig sein. — Exner giebt auf Befragen des Vorsitzenden zu, daß er die Bilanzen und Geschäftsberichte der Treber-Gesellschaft geprüft habe. — Der Vorsitzende bemerkt: Alle diese Briefe bzw. Coupons sind verschlossen in dem Pult des Exner vorgefunden worden. — Es tritt danach eine kurze Pause ein.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Juni.

Bankprozeß. Entsprechend dem Gegenstand sind die Verhandlungen ziemlich trocken und tragen auch einen ganz anderen Charakter, als die sonstigen Schwurgerichtsverhandlungen. Vornehmen Tones werden die Geschäftsabwicklungen der Bank besprochen und nur selten, wenn von einem Angeklagten eine die Mitangeklagten belastende Äußerung gemacht wird, tritt etwas mehr Erregung zu tage. Der Nimbus, den die Banken durch ihre lobpreisende Presse um sich zu weben verstanden haben, verschwindet durch den jetzigen Prozeß. Wohl oder übel müssen sich die Herren aber gegenseitig belasten, weil sie die gleiche Methode der Verteidigung wählen, nämlich sich im guten Glauben befindend, auf den Unwissenden hinausspielen. Daß dabei ihre kaufmännische Ehre ein böses Loch bekommt, kommt in der augenblicklichen Situation für sie nicht in Betracht.

Eine merkwürdige Geschäftsabwicklung führte die Aussage von Schmidt zu tage. Obgleich er eigentlich die rechte Hand

Exner war, wußte er nicht, was Exner mit der linken machte. Geraden verblüffend ist es, daß er erst ein Jahr später von der Verpändung von in seiner Verwaltung befindlichen Con-

fortialitäten Kenntnis erhielt. Auch über die neuen Aktien der Tochtergesellschaft in Bosnien, die die Leipziger Bank gekauft hatte, wußte er nichts, obgleich er das Protokoll der betreffenden Sitzung gemacht hat. Exner meinte, daß Gensch, wenn er dies sage, an Schwachmüdigkeit leiden müsse.

Etwas ausführlich wurde die Dunkelkammer der Leipziger Bank, wo der Treberschwindel produziert wurde, besprochen, und der Vorsitzende kaufte dieses sogenannte Sekretariat mit dem Namen „Geheimbuchhalterei“. Nun ging natürlich der Tanz wieder los, um dies zu bemänteln. Jede größere Bank habe ein extraes Sekretariat, denn, meinte Exner, es habe auch in der Leipziger Bank Conten gegeben, die in der großen Buchhalterei keine genügende Ueberwachungsicherheit hatten.

Das Drexeln und Wenden der Sachverständigen über die Notwendigkeit solcher Sekretariate ist für sie eine böse Gewissensfrage, denn sie sind entweder selbst zum Teil Bankiers oder Bankdirektoren und haben solche Einrichtungen selbst, wenn auch vielleicht nicht zu dem Zweck, wie in der Leipziger Bank. Wie weit der drastische Ausdruck Gensch's: Ich bin furchtbar geläuscht worden, den Thatsachen entspricht, wird hoffentlich die weitere Verhandlung lehren.

Daß die Herren neben der Interessentwahrung auch die eigenen nicht aus den Augen ließen, wurde dadurch bewiesen, daß, wenn irgendwo ein Geschäft für die Bank in Aussicht stand, die Herren diese Kenntnis benutzten, um auf eigene Faust in derselben Sache ein Geschäft zu machen. Es ist dies ein schöner Beitrag zum weiten Gewissen der Kapitalisten.

Verhältnismäßig günstig fiel die Vernehmung des Prokuristen Buthe von der Leipziger Bank für die Angeklagten aus; denn es mußte nach seiner Aussage alles so eingerichtet werden, wie es der Fall war, und zwar im Interesse der Bank.

Die Angriffe der Frankfurter Zeitung werden in den Briefen der Herren Direktoren so von oben herab abgethan. Bis zum Augenblick war Exner um keine Antwort verlegen. Sein Auftreten ist immer noch ein solches, daß für Ueingelegte der Schein seiner Schuldbiligkeit erweckt wird. Auf welche Sicherheiten die Bank der Kasseler Gesellschaft den kolossalen Pump einräumte, mußte heute eingestanden werden. Die ganze Sicherheit bestand nämlich in — Treberwerten.

Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer auf die Jahre 1902 und 1903 wird, wie wir bereits mitgeteilt haben, in Höhe von 203 Proz. des Jahressteuerbetrages erhoben und zwar für das laufende Jahr an einem auf den 15. Juli festgesetzten dritten Steuertermin. Im nächsten Jahre erfolgt die Erhebung des Zuschlages in der Weise, daß der Prozentsatz geteilt wird und am 1. Termin (den 30. April) 15 Proz. und am 2. Termin (den 30. Sept.) 10 Proz. mehr erhoben werden sollen. Der für das laufende Jahr zu erhebende Zuschlagsbetrag wird den Beitragspflichtigen mittels besonderer Bordrude, die in den nächsten Tagen zur Zustellung gelangen sollen, bekannt gegeben, während im nächsten Jahre die Ausschreibung auf den gewöhnlichen Staatseinkommensteuertaxen erfolgen wird. Erwähnt sei noch, daß die gegen die ursprüngliche Einschätzung zur Staatseinkommensteuer eingewendeten Reklamationen, die von Erfolg begleitet waren, auch eine Ermäßigung des Zuschlages ohne weiteres nach sich ziehen. Anders liegt jedoch die Sache bei solchen Steuerermäßigungen, die auf Grund des dem Finanzministerium im Falle eines außergewöhnlichen Notstandes oder wegen individueller Verhältnisse zustehenden Rechtes der Ermäßigung der Steuer im Erlaßwege ausgesprochen worden sind. Hier hat eine Ermäßigung des Zuschlages nicht einzutreten. Es bleibt deshalb dem Betroffenen weiter nichts übrig, als anderweitig bei der Steuerbehörde vorstellig zu werden, um dadurch auch eine Ermäßigung des Zuschlages, der in einzelnen derartigen Fällen höher als die ganze Jahressteuer ausfallen kann, herbeizuführen. Reklamationen gegen die Höhe des Zuschlages sind unzulässig und vollständig a. w. e. l. o. s. Da fast die meisten der eingewendeten Rechtsmittel bis jetzt noch immer unentschieden sind, dürfte sich eine möglichst schnelle Erledigung der Reklamationen empfehlen. Die Rechtsmittelfristen gegen einen eventuellen ablehnenden Bescheid der Einschätzungscommissionen laufen jetzt drei Wochen; die Frist eines nochmaligen Rechtsmittels an das Oberverwaltungsgericht — als letzte Instanz — vier Wochen.

Der ärztliche Bezirksverein Leipzig-Land hat sich bekanntlich im Korrespondenzblatt der ärztlichen Kreis- und Bezirksvereine für das Königreich Sachsen, gelegentlich einer Erklärung in der Angelegenheit Donath, dahin ausgesprochen, daß der Grundbesitz, daß gut ist, was Geld einbringt, für Ärzte nicht den Ausschlag geben darf. Recht sonderbar erscheint gegenüber dieser Erklärung ein Antrag, der wie das Leipziger Tageblatt mitzuteilen weiß, im ärztlichen Bezirksverein Leipzig-Land gestellt worden ist, und der dahin geht, Herrn Dr. Koch jun. für den Verlust der Schulartzstelle eine Entschädigungssumme für die nächsten Jahre aus der Kasse des wirtschaftlichen Verbandes zu erwirken. Demnach ist wohl anzunehmen, daß der ärztliche Bezirksverein Leipzig-Land, nur denen gegenüber den Grundbesitz, daß gut sei, was Geld einbringt, bekämpft, die mit dem Vorgehen des Vereins und mit den von ihm hierbei angewandten Mitteln nicht einverstanden sind, während er in seinen eigenen Reihen, besonders seinem Vorsitzenden gegenüber, diesen Grundbesitz als ganz vernünftig findet. Ob der Antrag im ärztlichen Bezirksverein Leipzig-Land Annahme gefunden hat, darüber giebt die Notiz des Leipziger Tageblattes keinen Aufschluß.

Schon wieder eine Hilfskasse verbracht. Das Berliner Polizeipräsidium macht bekannt, daß die Allgemeine Deutsche Krankenkasse Eiche, eingeschriebene Hilfskasse Nr. 130, die im Jahre 1898 gegründet worden ist, sich durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 9. Juni 1902 wegen Zahlungsunfähigkeit aufgelöst hat. Bei diesem neuesten Kraach werden natürlich wieder die Mitglieder die Geschädigten sein. Vor allem werden sich unter den Geschädigten zahlreiche Arbeiter befinden, die in dem Glauben, im Falle einer Erkrankung eine entsprechende Hilfe zu erhalten, jahrelang ihre Beiträge an die Kasse gezahlt haben. In letzter Zeit sind die Zusammenbrüche derartiger Schwindelkassen besonders zahlreich gewesen. Den Mitgliedern der verbrachten Wohlfahrtskrankenkasse, die ihren Sitz ebenfalls in Berlin hat, sind erst in den letzten Tagen die Zahlungsaufforderungen zugegangen. Eine Aussicht, sich diesen Zahlungen zu entziehen, ist so gut als gar nicht vorhanden. In der

vergangenen Woche haben in Berlin nicht weniger als drei Versammlungen der Prometheus-Versicherten stattgefunden. Allein 1500 Prozesse schweben gegen diese Gesellschaft. In einer der Versammlungen wurde ein recht eigenartiges Bild von derartigen Versicherungsgesellschaften entworfen. 1900 sollen von 47 deutschen Gesellschaften 13 Institute mehr als 20 Proz. von der Prämie (und den Zinsen der in den Vorjahren bereits in Reserve gelegten Prämien) als Verwaltungsaufwand verbraucht haben. Nur 12 Gesellschaften brauchen davon 5—10 Proz. Wenn selbst letztere Sähe immer noch als höchst anständige Opfer für das Incasso von ca. 4 Prämiensummen im Jahre bezeichnet werden müssen, so sind Opfer bis 40 Proz. bei den ersten 13 Instituten eine Gefahr, die niemand, der sich dort versichert, unterschätzen sollte. Da nun nach dem neuen Gesetz Nachschußauschreibungen ohne alle Einrede und ohne alle Klage sofort zu gerichtlicher Zwangsvollstreckung kommen, so ist die Gefahr für jeden Versicherten einer Gegenseitigkeitsanstalt gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Ruin, sobald der Versicherte bei sich selbst nicht noch mit mehr Reserve versichert ist, als bei Anstalten, die für die Wohlthat, versichert zu sein, bis 40 Proz. (von 100 Mk. Prämie) alljährlich für sich verbrauchen. Binnen drei Jahren sollen alle diese Gesellschaften ihre Reserve mindlicher nachweisen. Binnen fünf Jahren soll die Anlegung zu Neunzehntel in Hypotheken, zu Einzehntel in guten Staatspapieren und dergleichen erfolgen. Was kann in fünf Jahren nicht noch an den Tag kommen? Die Jagd nach Erhaltung des Versicherungsbestandes erfordert bei vielen Gesellschaften bereits mehr Opfer an Provisionen, als der Zugang an Jahresertrag ergibt. Wir können daher diejenigen, die beabsichtigen, einer Hilfskasse beizutreten, nur immer wieder zur größten Vorsicht mahnen.

Die Leipziger Handelskammer hat in den letzten Tagen eine größere Anzahl Firmen aller im Kammerbezirk vertretenen Geschäftszweige durch ein Rundschreiben zur Mitteilung derjenigen Wünsche aufgefordert, die bei den Verhandlungen über neue Handelsverträge den fremden Staaten gegenüber geltend zu machen sein werden. Es handelt sich dabei 1. um Wünsche hinsichtlich der einzelnen Sätze der fremden Zolltarife und 2. um Wünsche hinsichtlich der in den Handelsverträgen zu regelnden Verhältnisse allgemeiner Natur, nämlich Ausübung des Gewerbebetriebs, Besteuerung, Postwesen, Veredelungsverkehr, Behandlung der Retourwaren, Grenzverkehr, Berechnung der Wertzölle, Zollabfertigungsverfahren, Eisenbahn- und Schiffsverkehrsverkehr etc.

Die Kuffite, Papierstücke und andere ähnliche Gegenstände, deren man sich entledigen will, in den städtischen Promenadenanlagen, sowie auf Straßen und öffentlichen Plätzen von sich zu werfen, hat neuerdings wieder in erhöhtem Maße überhand genommen. Insbesondere werden die öffentlichen Straßen und Plätze sehr häufig durch das Wegwerfen von Reklametzetteln, Fahrkarten der Straßenbahnen etc. verunreinigt. Der Rat weist auf diesem Grunde darauf hin, daß nach dem Straßenpolizeiregularativ jede Verunreinigung der Straßen, der an diesen gelegenen Baulichkeiten und Anlagen, sowie der dort etwa befindlichen, dem öffentlichen Interesse dienenden Gegenstände, als Hallen, Buden, Stände, Säulen etc. verboten ist. Desgleichen ist das Wegwerfen von Papierstücken und anderen Gegenständen in den städtischen Anlagen und innerhalb der städtischen Waldungen, insbesondere das Umherstreuen der Abgänge von Lebensmitteln und der zum Einschlagen der letzteren benutzten Papiere verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Zu dem Geldschrankdiebstahl in der Windmühlensstraße ist noch mitzuteilen, daß sich in dem Schranke außer einer Anzahl Coupons 3/4-prozentiger Effekten des Erländischen Ritter-schaftlichen Kreditvereins noch ein Coupon der Stettiner Straßenbahn-Gesellschaft, ein Coupon sächsischer Rente, ein Coupon der Aufst.-Leipziger Eisenbahn, drei Coupons Preussischer Stadtanleihe, zwei Coupons ungarischer Rentenanleihe und zwei Coupons der Leipziger Elektrischen Straßenbahn befunden haben. Der Wagen, den die Einbrecher zum Fortschaffen des Schrankes benutzt haben, ist mit der ebenfalls gestohlenen Pflanze und dem Kranze des Geldschrankes im Grundstücke Hoffstraße 21 zu L.-Vindenu aufgefunden worden. Der Diebstahl ist zweifellos zwischen 1/4 und 5 Uhr früh verübt worden, denn ein Bewohner des Grundstückes hat um etwa 1/4 Uhr das Thor noch verschlossen vorgefunden. Den Wagen hat bereits um 6 Uhr früh ein unbekannter Mensch in das Grundstück Hoffstraße 21 gestellt. Ein Drofschenschüler, der am Bayerischen Bahnhof hielt, will gegen 4 Uhr früh gesehen haben, daß drei Männer mit einem zweirädrigen Handwagen, auf dem sich ein mit einer Pflanze bedeckter Gegenstand befunden hat, nach dem Windmühlenswege zu gefahren sind. Der eine der drei Männer soll von großer Gestalt gewesen sein und ein braunes Jackett getragen haben.

Einbreüche und Diebstähle. In der Nacht zum Donnerstag wurde in der Frankfurter Straße, und zwar in einem Buttergeschäft, ferner in der Dresdner Straße in einem Cigarrenladen eingebrochen. Aus dem Buttergeschäft wurden außer einem Geldbetrag mehrere Mandeln Eier gestohlen; in dem Cigarrenladen erbeuteten die Diebe Geld und Cigarren. Gestohlen wurde aus einer Wohnung in der Kirchstraße zu L.-Vollmar'sdorf eine goldene Herren-Memorialuhr nebst goldener Panzerkette im Gesamtwert von 240 Mk. Von einem hiesigen Bahnhof ist eine W F gezeichnete Kiste mit Butter gestohlen worden. Am Markt wurden in der Nacht zum Donnerstag mehrere Schaufenster aufgebrochen und ihres Inhalts, bestehend aus Cigarren, beraubt. Im Brühl wurde vom Wagen eines Botenfuhrmanns ein Paket in braunem Packpapier mit der Adresse Wilhelm Fugmann, Reudnitz, gestohlen. In dem Paket befanden sich 1000 Stück Cigarren in Paketen von je 100 Stück in blauem Papier, mit der Aufschrift Julius Schimpf, Delitzsch. Beim Diebstahl eines Rovers errißte wurde gestern in einem Grundstück der Universitätsstraße ein 21 Jahre alter Schneider von hier. Der Dieb ist verhaftet worden.

Ein frecher Patron. In Hoyt genommen wurde wegen Zechbetrugs ein 32 Jahre alter Mechaniker aus Bromberg, der in einem Restaurant des Brühls ohne alle Geldmittel eine größere Zechen machte und dann, als er bezahlen sollte, plötzlich sein Taschenuemesser zog und damit auf Wirt und Kellner einbrang. Der gefährliche Mensch wurde aber überwältigt und der Polizei übergeben.

Keine Polizeimacht. Auf der Liebedstraße in L.-Reudnitz brach gestern vormittag die Kasse eines mit Steinen beladenen Wagens. Der Straßenbahnverkehr wurde dadurch nur unerheblich gestört.

Einen Zusammenstoß mit einem Motorwagen verschuldet gestern am Augustusplatz ein auswärtiger Gutsbesitzer mit seinem Kutschgeschirr. Letzteres büßte dabei ein Hinterrad ein.

In der Quersstraße wurde gestern nachmittag eine 55-jährige Handelsfrau von einem schwebewordenen Pferde umgerissen und anschließend durch einen Huftritt an der Brust verletzt. Die Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus.

Gestern nachmittag lief in der Katharinenstraße ein nicht gehörig beaufsichtigter kleiner drei Jahre alter Knabe direkt in ein Flaschenbergeschirr. Das Kind wurde umgerissen und erlitt eine Quetschung an der rechten Körperseite. Es mußte alsbald in das Kinderkrankenhaus gebracht werden.

Tauha. Am Mittwoch starb hier ein braver Parteigenosse, der Heizer und Maschinist Friedrich Angelstein, nach langem schweren und schmerzhaften Leiden am Magenkrebs im Alter von 41 Jahren. Angelstein war, so lange es sein Gesundheitszustand erlaubte, nicht nur eifrig in der Partei tätig, sondern er widmete auch seine Kräfte mit Eifer der gewerkschaftlichen Organisation. Die ihn im Leben kannten, werden sein Andenken stets in Ehren halten. Das Begräbnis unseres Genossen findet am Sonntag nachmittag statt; die Genossen, die dem Verstorbenen die letzte Ehre erweisen wollen, versammeln sich 1/3 Uhr im Deutschen Haus in Tauha.

Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former Leipzigs.

Die von uns kürzlich erwähnte Statistik der hiesigen Former liegt nunmehr abgeschlossen vor und bietet ein interessantes Bild über die gegenwärtige Lage der in den Gießereien beschäftigten Arbeiter. Die angestellten Erörterungen haben folgendes ergeben.

Im vorigen Jahr konnten nur von 14 Gießereien Aufstellungen gemacht werden; ein Vergleich in denselben Gießereien ergibt, daß 1899, also vor dem Streik, 687 Former und 155 Lehrlinge beschäftigt waren, 1901 dagegen 438 Former und 131 Lehrlinge und im laufenden Jahre 362 Former und 123 Lehrlinge. 1900 ist eine Aufstellung nicht gemacht worden.

Im Februar dieses Jahres sind wieder in allen Gießereien Erhebungen angestellt, aus denen hervorgeht, daß 633 Former, darunter 98 Plattenformer und 33 Maschinenformer, ferner 132 Kernmacher und 182 Lehrlinge beschäftigt waren, gegen 869 Former und 226 Lehrlinge im Jahre 1899. Bemerkenswert ist es, daß in 11 Gießereien bei 142 Formern keine Platten- und Maschinenformer sind. Dagegen sind in 6 Gießereien bei 216 Formern noch 86 Platten- und 27 Maschinenformer, in 3 Gießereien außer 102 Formern 12 Plattenformer und in 3 Gießereien 42 Former und 6 Maschinenformer. In 4 Gießereien mit 54 Formern giebt es keine Lehrlinge. Dagegen wird die Lehrlingszahl in einigen Buden arg betrieben. So z. B. befinden sich in einer Gießerei mit 41 Formern 19 Lehrlinge, eine andere Gießerei hat bei 22 Formern 11 Lehrlinge, eine dritte hiebt bei 57 Formern 30 Lehrlinge, und eine vierte beschäftigte gar 20 Lehrlinge bei nur 30 Formern. In vier Gießereien mit 61 Lehrlingen müssen die letzteren die Arbeit der Hilfsarbeiter mit verrichten.

Die Arbeitszeit gestaltet sich folgendermaßen: 43 Former, 1 Maschinenformer, 12 Kernmacher und 19 Lehrlinge arbeiten in 4 Gießereien unter 8 Stunden, 8 1/2 bis 9 1/2 Stunden wird in 8 Gießereien mit 159 Formern, 7 Plattenformern, 15 Maschinenformern, 44 Kernmachern und 51 Lehrlingen gearbeitet. In 10 Gießereien mit 282 Formern, 71 Plattenformern, 17 Maschinenformern, 76 Kernmachern und 12 Lehrlingen beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden und in einer Gießerei mit 18 Formern 10 1/2 Stunden. Es ist aber auch von 2 Gießereien mit 75 Formern Sonntagsarbeit angegeben und von 10 Gießereien mit 267 Formern Ueberstundenarbeit.

Bezüglich des Lohnes ergab die Statistik, daß 36 Former 8—18 Mk., 236 Former 18—25 Mk., 86 Former 15 bis 27 Mk., 99 Former 20—30 Mk., 27 Former 10—36 Mk. und 18 Former bis 40 Mk. pro Woche, nach dem Durchschnitt von vier Wochen berechnet, verdienen. Im letzten Fall handelt es sich um Sonntag- und Nacharbeit. Die großen Lohnschwankungen sind dadurch erklärlich, daß nur in vier Gießereien mit 49 Formern ein Abzug für ohne Schuld des Formers vorkommenden Ausschuß nicht vorgenommen wird. In allen übrigen Gießereien müssen die Former neben dem Risiko, das sich beim Accord und bei der Arbeit des Formens überhaupt nicht umgehen läßt, auch noch für den Ausschuß, der durch schlechtes Material entsteht, haften, und zwar in 14 Gießereien mit 312 Formern ganz, die übrigen teilweise.

Die Löhne der Platten- und Maschinenformer schwanken bei 82 zwischen 18—30 Mk., in 41 Fällen bis zu 40 Mk. Die Löhne der Kernmacher sind bei 40 Mann auf 12—21 Mk. Wochenlohn und bei 63 Mann auf 25—40 Pfg. Stundenlohn angegeben. Die Wochenlöhne der Hilfsarbeiter sind von 10 Gießereien im niedrigsten Fall auf 10 Mk., im Höchstfalle auf 20 Mk. angegeben, in den übrigen Gießereien schwanken sie zwischen 27 und 35 Pfg. Stundenlohn.

In 5 Gießereien mit 202 Formern werden auch die Pausen nicht eingehalten, auf pünktlichen Arbeitsanfang sieht man, aber nicht auf pünktlichen Schluß. In nur 6 Gießereien mit 118 Formern sind Lohnabzüge nicht gemeldet, in allen anderen Gießereien sind Lohnabzüge zwischen 10 und 30 Prozent, Stückweise sogar 40 Prozent vorgenommen worden.

Die Ventilation ist von 16 Gießereien mit 323 Formern als genügend angegeben. Die Ventilation wird nur von 5 Gießereien mit 97 Formern als gut, in allen übrigen als schlecht und mangelhaft bezeichnet. Türen, Fenster und Dachluken treten an Stelle der Ventilatoren. Auch die Zustände beim Gießen lassen sehr vieles zu wünschen übrig. Recht schlimm ist es mit der Heizung bestellt, einige Gießereien werden ungenügend, andere gar nicht, wieder andere durch offene Gosaöfen geheizt.

Versammlungskalender.
Freitag: **Wähler der Weilmühlensstraße, Goldener Adler, Dinnbau, Angerstr.** Abends 1/7 Uhr.
Verein für Naturgeschichte L.-Gautsch. Vereinslokal. Abends 1/3 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.
Sonnabend:
Speiseanstalt I (Johannplatz): Sauerkraut mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Grüne Erbsen mit Schwarzkohl.

Das Anknüpf-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten
befindet sich im **Coburger Hof**, Windmühlensstraße 11, 1. Etage.

66. Sitzung der Zolltarifkommission.

Berlin, 19. Juni 1902.

Mit welcher Sinnlosigkeit Fälle beschloffen werden, dafür gab die Kommission heute ein Beispiel bezüglich der Spitzen...

Freilich, die Sinnlosigkeit der ganzen Zollwirtschaft erschließt sich schon aus den Fäden auf die Hauptlebensmittel des Volkes...

Und daß alles versucht wird, etwas herauszuschlagen für die „oberen Tausend“, dafür liefert weiter die heutige Anknüpfung eines Zollgesetzes für die zweite Lesung...

Wirks und Negs (Zirkos) Stoffe, Wirk- und Negwaren haben in der Textilindustrie eine Bedeutung gewonnen, die eingehendste Berücksichtigung verdient...

Drömel beantragt, im zweiten Satz 450 Mk. zu setzen. Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Die Position 408, Spigenstoffe und Spigen aller Art 800 Mk., hat die Kommission beantragt, für eine Herabsetzung des Zolles auf 250 Mk. zu petitionieren.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Reichhaus begründet Lehren Antrag. Es dürfe nicht angenommen werden, daß die Spitzenindustrie nur eine Luxusindustrie sei...

Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Geheimrat Rieger wünscht im Auftrag der sächsischen Regierung eine Unterscheidung der Spitzen im Tarif, in gestickte, gewebte etc. Die Spitzenproduktion Sachsens belaufe sich auf 70 Millionen Mark.

In der Abstimmung wird die beantragte Drömel'sche Unterscheidung im Text angenommen, für alle drei Arten jedoch der Zollfuß der Vorlage — 800 Mk. — angenommen.

Position 409, Sideren auf Grundstoffen, ganz oder teilweise aus Seide: auf unedlichen Geweben der Nr. 408 (Gaze etc.) 1800 Mk., auf anderen Grundstoffen 900 Mk.

In der Debatte weisen Reichhaus und Vaudert besonders auf die Posamentenfabrikation in Sachsen hin, der man wie Vaudert vorschlägt, in ganz anderer Weise bestehen könne.

Die Beratung geht nun auf den Unterabschnitt B, Wolle und andere Tierhaare, mit Ausnahme der Pferdehaare aus der Wolle und dem Schweiß, über.

Zu Position 411, Wolle, frei, geben die Abgg. Sahn und Graf Kanitz die Erklärung ab, daß sie, wie Abg. Wangenheim früher schon angekündigt habe, sich vorbehalten, in der zweiten Lesung einen Zoll auf Wolle zu beantragen.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 19. Juni.

Der Verstoß gegen die amtschauptmannschaftliche Lanzenordnung brachte dem Vorsitzenden des Arbeitervereins in Markleeberg ein Strafmandat über 20 Mk. ein, weil beim Stiftungsfest des Vereins von den Mitgliedern des Vereins 50 Pfg. Lanz- und Eintrittsgeld erhoben wurde.

Schöffengericht.

Leipzig, 19. Juni.

Preßbeleidigung. Kaum haben sich hinter dem Genossen Pollender die Gefängnisthore geschlossen, so mußte er sich heute schon wieder wegen eines aus der Altenburger Volkszeitung unter dem 21. November in Nr. 271

der Leipziger Volkszeitung nachgedruckten Notiz veranworten, worin über den früheren Landrichter Schubert in Altenburg unrichtige Behauptungen enthalten sein sollten. Schubert hatte die Zeitungen, welche die Notiz gebracht hatten, verklagt, sich aber in den Terminen mit einer entsprechenden Erklärung zufrieden gegeben.

Vereine und Versammlungen.

Die Wäfer

hielten am 14. Juni eine gutbesuchte Versammlung in der Flora ab. Es wurde in erster Linie die Statutenänderung vom Gewerkschaftsstatut durchberaten. Bekanntlich haben die Metallarbeiter Anträge auf Aenderung der Statuten gestellt, die darauf hinausliefen, die kleineren Gewerkschaften zu benachteiligen.

Bauhilfsarbeiter.

In der am 17. Juni abgehaltenen Versammlung der Bauhilfsarbeiter wurde zunächst der Bericht von der Konferenz in Jena erstattet. Kollege S. erläuterte in kurzen verständlichen Worten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in Thüringen und Sachsen bestehen, und gibt bekannt, daß auf Antrag des Hauptverbandes der Bezirk 8 (St. Leipzig) geteilt worden ist und zwar ist Thüringen zum Magdeburger und Leipziger Zahlstellen mit Thüringen und Schöneberg zum Dresdener Bezirk 5 zugeteilt worden.

wird. Von einer zu wählenden Kommission wurde vorläufig Abstand genommen; die jetzt noch bestehende Kommission soll die weitere Arbeit besorgen. Kollege L. giebt die beantragte Statutenänderung des Gewerkschaftsstatuts bekannt. Auch hierüber entspann sich eine lebhaftige Debatte. Der Delegierte L. wurde darauf hingewiesen, bei der Abstimmung über die Statutenänderung das Beste der Gewerkschaft im Auge zu behalten und seine Abstimmung danach zu richten.

Vierter deutscher Gewerkschaftskongress.

g. Stuttgart, 19. Juni.

Vierter Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Dömelburg eröffnet die Sitzung. Die Diskussion über die gestern gehörten drei Referate wird verbunden. Außer dem schon mitgeteilten Antrag der Generalkommission auf Gründung eines Reichsarbeitersekretariats steht die folgende Resolution M a t t u t a t zur Erörterung:

Der Gewerkschaftskongress erkennt die Tätigkeit der Arbeitersekretariate als eine im allgemeinen Interesse notwendige an. Um so mehr bedauert er die von einzelnen Behörden diesen Institutionen gegenüber eingenommene feindselige Haltung und die Versuche, sie als gewerbmäßige Auskunftsstellen auf Grund des § 35 der Gewerbeordnung unter Polizeiaufsicht zu stellen.

Der Kongress empfiehlt den organisierten Arbeitern, ihre Sekretariate in ausgiebiger Weise zu unterstützen und dadurch deren Leistungsfähigkeit zu erhöhen; warnt aber wiederholt und eindringlich davor, an die Gründung von neuen Arbeitersekretariaten heranzutreten, solange nicht dafür die erforderliche finanzielle Grundlage vorhanden ist.

Der Kongress legt den Arbeitersekretariaten nahe, ihre Geschäftsführung und Berichterstattung in Anlehnung an das von der Generalkommission aufgestellte Schema möglichst einheitlich zu gestalten, um so eine leichtere und bessere Verwertung der gewonnenen Erfahrungen zu ermöglichen.

Die Frage, ob die Auskunftsverteilung unentgeltlich oder gegen eine Gebühr respektive nur an Organisierte zu erfolgen hat, bleibt den Sekretariaten beziehungsweise ihren zuständigen Organisationen zur eigenen Entscheidung überlassen; jedoch erscheint es nicht zweckmäßig und mit dem Charakter eines Arbeitersekretariats unvereinbar, die Sekretäre statt des Gehaltes auf die für die Auskunftsverteilung zu erhebenden Gebühren anzuweisen.

Die Gründung eines eigenen Fachorgans für die Arbeitersekretariate ist nicht als notwendig zu erachten, sondern es steht ihnen für ihre Publikationen das Korrespondenzblatt der Generalkommission zur Verfügung.

Weiter wird der ebenfalls mitgeteilte Simanowskische Vorschlag des Arbeitervertreterverbandes, ein Antrag des Verbandes der Bergarbeiter, aus den Mitteln der Generalkommission ein Arbeitersekretariat auf gleicher Grundlage wie in Deutchen in Saarbrücken zu errichten, und ein Antrag Sassenbach, den Sitz der Generalkommission nach Berlin zu verlegen, zur Debatte gestellt.

Weis-Gelsenkirchen begründet den Antrag, in Saarbrücken ein Arbeitersekretariat zu errichten, mit den eigenartigen Verhältnissen im Königreich Stumm, die es bisher verhindert haben, das Saarrevier für die freien Gewerkschaften zu erschließen.

Sassenbach-Berlin begründet den Antrag, den Sitz der Generalkommission von Hamburg nach Berlin zu verlegen. Berlin sei die politische Centrale Deutschlands. Es sei wünschenswert, daß die oberste Leitung der Gewerkschaften Deutschlands mit der Leitung der politischen Partei in enger Fühlung als bisher komme. Manches Mißverständnis zwischen beiden Stellen würde vermieden worden sein, wenn eine häufigere persönliche Aussprache möglich gewesen wäre.

Seitens des Städtischen Arbeitsamtes in Stuttgart ist an den Kongress eine Einladung zur Besichtigung des Amtes gelangt.

Der Kongress wird der Einladung heute nachmittag zwischen 8 und 4 Uhr Folge geben.

Dömelburg teilt mit, daß sich mit dem Simanowskischen Vorschlag, einen Arbeitervertreterverband zu gründen, die Generalkommission befaßt hat, von derselben aber wie vom Gewerkschaftsausschuß abgelehnt worden sei.

Legien teil dem Kongress die Gründe für die übrigens einstimmige Ablehnung mit. Man habe es nicht für angezeigt gehalten, eine neue Organisation zu gründen. Die Arbeitervertreter sollten sich als Mitglieder der Organisation fühlen, aus der sie hervorgegangen sind, als Mitglieder der Gewerkschaften, und diesen ihre besseren Kenntnisse und reichen Erfahrungen zu gute kommen lassen. Eine Gewinnung der Tisch-Dummerschen und christlichen Gewerkschaften, wie Simanowski das ausgesprochen, erfolge er von einer solchen neuen Organisation nicht. Die bestehenden Gegenstände ließen sich so nicht ausgleichen, sie müßten ausgelappt werden. Es liege auch gar kein Grund vor, zu besorgen, daß die freien Gewerkschaften von den anderen Gewerkschaften auf dem Gebiet der Versicherungsgesetzgebung überflügelt werden könnten. Dazu seien die freien Gewerkschaften schon zu groß und stark. So anerkennt Legien die Tätigkeit des Berliner Arbeitervertretervereins sei, so empfehle sich doch nicht die Ausdehnung der Organisation auf ganz Deutschland. Die Gründung des Reichsarbeitersekretariats mache zudem diese Organisation überflüssig. Dieses werde auch die Grundlage für eine Organisation der Arbeitervertreter bilden. Er bitte den Simanowskischen Vorschlag abzulehnen und die Gründung des Reichsarbeitersekretariats zu beschließen. (Beifall.)

Feuerstein-Stuttgart spricht sich bezüglich der Gründung eines Reichsarbeitersekretariats dahin aus, daß man wohl grundsätzlich die Notwendigkeit eines solchen anerkennen könne, daß er aber durch die finanzielle Inanspruchnahme der Generalkommission mit 15 000 bis 20 000 Mk., welche einen so hohen Prozentsatz der Bilanzierung bilden würde, eine Schwächung der Kommission auf dem rein gewerkschaftlichen Tätigkeitsgebiete befürchte und deshalb die Ablehnung des Sekretariats für notwendig halte. Er empfiehlt, bei einer etwaigen Verlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin, die Kommission

durch ein Mitglied zu verstärken und diesem die Bearbeitung der Versicherungsgeheimnisse ausschließlich zu überlassen.
 Dähne-Verlin verbreitet sich über die Spruchpraxis des Reichsversicherungsamts, die sich dem Arbeiter gegenüber entschieden ungünstiger gestaltet habe, weil die Berufsgenossenschaften bei den Verhandlungen eine viel bessere Vertretung haben als die Arbeiter. Die Errichtung eines Reichsarbeitersekretariats sei also durchaus notwendig und die Kostenfrage könne keine Rolle spielen. Das Reichssekretariat müsse die Urteile sammeln und für den weiteren Ausbau der Gesetzgebung nutzbar machen. Was die Arbeitersekretariate anlangt, so verkenne er den Nutzen dieser Institutionen nicht, müsse aber sagen, es werden von einzelnen Sekretariaten Beiträge erhoben, die die Tätigkeit der Gewerkschaften lähmenden Charakter haben. Mit dem Verzicht der Arbeitervertreter sollte keine Sonderorganisation geschaffen werden. Jedenfalls müssen die Gewerkschaften sich mehr als bisher mit sozialpolitischen Dingen beschäftigen.

Khrens-Verlin: Lieber die Notwendigkeit des Reichsarbeitersekretariats herrscht wohl kein Zweifel. Der näheren Erörterung bedürfte der Kostenpunkt. Die Kosten dürfen nicht zu hoch werden. Es dürfe nicht an alle, die Rat haben wollen, Rat erteilt werden. Die neue Einrichtung dürfe nur von Organisierten in Anspruch genommen werden. Öffne man die Institution allen, so könne die Folge sein, daß die Leute den Eintritt in die Organisation für überflüssig halten. In Fällen großen Glanzes können natürlich Ausnahmen stattfinden. Die Verlegung des Sitzes der Generalkommission nach Berlin sei gar nicht von der Hand zu weisen. Für die Vertretung der Arbeiterinteressen beim Reichsversicherungsamt seien den Juristen vorzuziehen. Eine bessere Organisation der Arbeitervertreter lasse sich herbeiführen, wenn man der Vertretung der Gewerkschaften in den Ortskrankenkassen größeres Gewicht beilege.

Wückner-Verlin spricht sich gegen die Gründung eines Arbeitervertreterverbandes aus, da dieser nur zu einer Zersplitterung der Kräfte führen würde. Dagegen sei die Gründung eines Reichsarbeitersekretariats notwendig. Er schließe sich da den Köstlins Ausführungen an. Oft verberden sich die Arbeiter ihre Ansprüche schon bei der ersten Vernehmung auf dem Polizeibureau. Hier sei Aufklärung der Arbeiter dringend geboten.

Döblin-Verlin: Die Vertreter der Behörden haben aus den Referaten gelernt, wie viel Not und Elend von den Arbeiterorganisationen gelindert wird. Sie sollten die Schlussfolgerung ziehen, daß eine derartige Bewegung von den Behörden begünstigt, nicht in Fesseln geschlagen werden muß. Wenn die Verhandlungen diesen Erfolg haben sollten, würden wir sehr zufrieden sein. Das Referat Köstlins appellierte mehr an unser Gefühl, als daß es durch reale Thatsachen die Notwendigkeit erweise, das Reichsarbeitersekretariat zu begründen. Man bewegt sich hier in Extremen. Einmal will man alles dem Staat überlassen, dann tritt man überall für Selbsthilfe ein. Um solche Institutionen zu gründen, müßte ein ganz anderer Unterbau vorhanden sein. Ich halte das Reichsarbeitersekretariat mit einem Sekretär praktisch gar nicht für durchführbar. Es tagen fünf Senate nebeneinander. Wie kann da ein Vertreter genügen? Man wird zwei oder drei Sekretäre brauchen. Man muß auch damit rechnen, daß dem einen Vertreter einmal das Vertretungsrecht entzogen werden kann. Ich halte dafür, daß heute noch von einem Beschluß in dieser Frage abgesehen werden muß. Vertragen wir die Angelegenheit bis zum nächsten Kongress. Uns leiten für unsere ablehnende Stellung nur sachliche Gründe. Urteilen Sie, bitte, auch sachlich, und thun Sie nicht deshalb das Gegenteil von dem, was wir wollen, weil wir Buchdrucker uns Ihrer ungeteilten Sympathie nicht zu erfreuen haben. (Geheiterkeit.) Gegen die Verlegung der Generalkommission hat Medner nichts einzuwenden, da die Berliner Gewerkschaftskommission schon jetzt mit Anfragen von außerhalb überlastet sei.

Röske-Hamburg (Kassierer der Generalkommission) erklärt, von der Notwendigkeit eines Reichsarbeitersekretariats persönlich nicht überzeugt zu sein, sich aber denen anschließen wolle, die mehr Erfahrung auf diesem Gebiete haben als er. Er verbreitet sich ausführlich über die Kostenfrage und vertritt die Ansicht, daß die Kostensteigerung eine sehr erhebliche sein werde. Kommt das Reichsarbeitersekretariat zu Stande, dann sei er für Verlegung der Generalkommission nach Berlin, sonst nicht.

Cohen-Verlin: Es ist ausschlaggebend, daß alle die Genossen, die beim Reichsversicherungsamt viel zu thun haben, für das Reichsarbeitersekretariat sich ausgesprochen haben. Feuerstein kennt die Verhältnisse beim Reichsversicherungsamt nicht, sonst würde er nicht die Ansicht geäußert haben, man könne die Vertretung den Arbeitern selbst überlassen. Döblin hat seinen gegenteiligen Standpunkt in Verlin schon vertreten, er habe ihn aber nicht überzeugt. Die von Köstlin, Dähne, Khrens gemachten Erfahrungen beim Reichsversicherungsamt sprächen doch Bände. Die Delegierten der Metallarbeiter werden geschlossen für die Errichtung des Reichsarbeitersekretariats wie für die Verlegung der Generalkommission nach Berlin stimmen. Bei dieser Verlegung würden sich die Kosten so vermindern, daß vielleicht ohne eine Erhöhung der Beiträge auszukommen ist. Sollte das aber nicht der Fall sein, so würden sich die Metallarbeiter aber nicht gegen die Erhöhung der Beiträge sperren.

Wille-Hamburg bekräftigt die Gründung des Reichsarbeitersekretariats, lehnt aber den Antrag Simanowski entschieden ab, weil man sonst aus der Organisationsmacherei nicht mehr herauskomme. Medner ergreift die Gelegenheit, an Anwesenheit der Regierungsvertreter eine offene Anfrage an das Reichsamt des Innern bezug Reichsversicherungsamt zu richten. Anlaß hierzu bietet ihm die im Jahre 1901 stattgefundene Wahl zum Reichsversicherungsamt, bei der die Liste der seemännischen Arbeiter unterlag. Der Medner stellt fest, daß man gelegentlich dieser Wahl den im Jahre 1900 in Deutschland versicherten 52 655 Seeleuten ein bitteres Unrecht zugefügt habe. Ein Unrecht sei es, daß der Bundesrat in seiner Sitzung vom 15. Juni 1901 beschloffen habe, bei der Feststellung der Zahl der Wahlberechtigten die Zahl der 1895 bei der Berufszählung festgestellten Seeleute zu Grunde zu legen. 1895 wurden rund 22 000 Seeleute gezählt, während 10 854 im Betrieb thätig waren, und 41 065 als versicherungspflichtig aufgeführt wurden. 1900 stieg diese Zahl sogar auf 52 655. Nun giebt das Reichsversicherungsamt in seinen amtlichen Nachrichten zwar bekannt, daß 17 Weisiger die Wahl vollzogen hätten, nicht aber giebt es bekannt, wieviel Stimmen auf jeden wählenden Weisiger entfallen. Die Hamburger und Lübecker Weisiger stimmten für je 828 Versicherte. Es ist wohl anzunehmen, daß auf die Bremer Weisiger nicht mehr Stimmen entfallen seien. Nehmen wir an, daß auf sämtliche Weisiger dieselbe Stimmenzahl entfallen ist, so ist wiederum den hanseatischen Seeleuten ein bitteres Unrecht zugefügt worden. Denn im Bezirke der hanseatischen Versicherungsanstalt waren 1900 versicherungspflichtig 42 182 Seeleute, während sich im übrigen Deutschland die Zahl der Versicherten nur auf 10 403 belief. Aber angenommen, auf jeden Weisiger wären in der Zahl 828 Stimmen entfallen, so beläuft sich die Zahl der durch die Weisiger wählenden Versicherten immerhin nur auf 14 076, während doch zur Zeit der Wahl 52 655 im Betriebe versichert waren. Der Unterschied ist ein zu großer. (Sehr richtig!) Aber weiter giebt auch die Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu kritischen Bemerkungen Anlaß. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß 4128 Stimmen auf unsere Liste entfallen sind, es konnten also auf unsere Gegner nur 9951 Stimmen fallen. Aber nach mir gewordenen Mitteilungen sind 4964 Stimmen auf unsere Liste entfallen, konnten also die Gegner nur 9128 Stimmen auf sich vereinigen. Die amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts geben aber bekannt, daß 11 382 Stimmen auf unsere Gegner entfallen seien. (Hört, hört!) Dieses Stimmenverhältnis

ist es, was den seemännischen Arbeitern rätselhaft erscheint. Hier verlangen sie von den maßgebenden Behörden Auskunft und Klärung. Das Wahlergebnis muß gelöst werden, und da die Behörden auf alle bisherigen offenen Anfragen eine Antwort nicht gegeben haben, nehme ich an, daß sie nimmermehr sich moralisch verpflichtet fühlen, Liebe und Antwort zu geben. Klarheit muß geschaffen werden, das erfordert die Gerechtigkeit. (Bravo!)
 Döring-Hamburg bekräftigt die Schaffung eines Reichsarbeitersekretariats, die Vertretung dürfe aber nur für Organisierte übernommen werden. Den Arbeitervertreterverband bekämpft er. Man solle die Vereinsmeierei nicht auf die Spitze treiben. Die Verlegung der Generalkommission halte er nicht für notwendig. In Verlin hätten auch die Hafenarbeiter, Seesleute, Schiffszimmerer keine Vertretung. Es scheint, man vertrete den Standpunkt, früher war Hamburg gut, aber jetzt hat der Mohr seine Schuldigkeit getan. Verlin sieht sich jetzt sehr.

Breg-Hannover giebt gegenüber einer Aeußerung Legens folgende Erklärung ab: Legen hat der Meinung Ausdruck gegeben, eine Organisation der Landarbeiter bestehe nicht. Die preussische Regierung und Polizei ist anderer Meinung. Für die Landarbeiter ist unsere Organisation zuständig. Alles was von Legen einer Landarbeiterorganisation als Aufgabe zugewiesen wird: Rechtschutz, ein Organ, daneben auch Umzugsgeld, wird uns von dem Verbands der Fabrikarbeiter gewährt. Es ist uns auch gelungen, eine ganze Anzahl von Landarbeitern und Arbeiterinnen zu organisieren, und unter den vorgeschlagenen Personen zur Wahl der Vertretung der Arbeiter in der Landwirtschaft befinden sich Mitglieder von uns. Sollte Genosse Legen die Gründung einer Landarbeiterorganisation planen, dann müßte er, trotzdem wir sonst seinem Lobensbrang keine Hängel anlegen wollen, dieser Gründung aufs schärfste widersprechen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.
 Köstlin-Verlin widerlegt in seinem Referatenschluswort die Einwendungen der Buchdrucker und des Genossen Feuerstein gegen das Reichsarbeitersekretariat. Es sei merkwürdig, daß sich gerade die Buchdrucker gegen die hier in Frage stehende praktische Arbeit sträuben. Die Gewerkschaftskommission habe 1000 Fälle vertreten, davon 180 von außerhalb. Eine Menge auswärtiger Fälle müßten zurückgewiesen werden. Werde das Reichsarbeitersekretariat abgelehnt, so werde die Gewerkschaftskommission alle auswärtigen Sachen zurückweisen müssen. Mit dem Reichsarbeitersekretariat müsse der Beeinflussung der Gesetzgebung durch die Berufsgenossenschaften die Wage gehalten werden.

Nach kurzen Schlußbemerkungen von Mattutat-Stuttgart wendet sich Simanowski in seinem Schluswort dagegen, daß die Arbeiten des Reichsarbeitersekretariats der Berliner Gewerkschaftskommission übertragen werden. Die Gewerkschaftskommission müsse außer dem Reichsarbeitersekretariat bestehen. Was den Verband der Arbeitervertreter anlangt, so wolle er mitteilen, daß der Berliner Arbeitervertreterverein 91 Referate beim Reichsversicherungsamt von außerhalb vertreten habe. Der Vorschlag, den Verband der Arbeitervertreter zu gründen, gehe nicht von ihm persönlich aus, sondern vom Berliner Verein der Arbeitervertreter. Die Ablehnung des Antrags sei ja sicher. Jedenfalls war die Diskussion nützlich. Sie werde hoffentlich dazu beitragen, daß sich die Gewerkschaften künftig mehr als jetzt mit der sozialpolitischen Gesetzgebung befassen werden. (Bravo!)

Der Kongress erklärt seine Zustimmung zur Resolution Mattutat (Arbeitersekretariate).

Die Abstimmung über den Antrag der Generalkommission (Gründung eines Reichsarbeitersekretariats, Bereinstellung von 15 000 M. jährlich und Erhöhung der Beiträge von 8 Pf. auf 4 Pf. pro Mittelgeb) ist namentlich.

Der Antrag wird mit 110 Stimmen gegen 81 Stimmen angenommen. Der Stimme enthalten sich ein Delegierter. Dagegen stimmen die Buchdrucker und die Tabakarbeiter geschlossen, ein Teil der Holzarbeiter, Schuhmacher und Schneider und einzelne Vertreter kleinerer Organisationen, wie der Werftarbeiter und Cigarrenfortlerer.

Auch die Abstimmung über den Antrag, den Sitz der Generalkommission nach Verlin zu verlegen, ist namentlich. Die Verlegung der Generalkommission nach Verlin wird mit 105 gegen 47 Stimmen beschloffen.

Auf Kosten der Generalkommission zu errichten, wird der Generalkommission zur Erörterung überwiesen.

Der Vorschlag, einen Verband der Arbeitervertretervereine zu gründen, wird gegen die Stimme Simanowskis abgelehnt. Da Simanowski wohl Referent war, aber nicht Delegierter, so ist der Vorschlag einstimmig abgelehnt.

Auf Antrag Raffini wird das neu beschlossene Institut nicht Reichsarbeitersekretariat, sondern Zentralarbeitssekretariat genannt.

Ein Antrag, das Referat Köstlins als Flugblatt den Gewerkschaftsblättern beizulegen, wird mit Rücksicht auf die ausführliche Wiedergabe des Referats im Protokoll für erledigt erklärt.

Den Verhandlungen wohnten heute noch der Gewerkschaftsinspektor Hochstetter und die Gewerkschaftsinspektantin Frä. Grünau bei.

Nach einer ganz kurzen Pause referiert Pappow-Hamburg über das Submissionswesen und die Streikklausel. Er verbreitet sich über die Schädlichkeit der Streikklausel, die nur den unglücklicheren Elementen in der Unternehmerschaft den Anreiz giebt, sich ihrer übernommenen Verpflichtungen in einer Weise zu entledigen, die als forrest und recht nicht begehrt werden kann, dabei aber keineswegs Streiks verhindert, sondern das Ende derselben nur hinausschiebt. Mit Recht hebt er hervor, daß das Vorhandensein der Streikklausel und ihre Anwendung die Kämpfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen unnötigerweise verkomplizieren, um so mehr, da die Unternehmerrcorporationen auch dann die Klausel angewandt wissen wollen, wenn die Unternehmer die Arbeiter aussperrten zu dem Zweck, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Der bayerische Landtag hat in der Frage Beschlässe gefaßt, die ganz in unserem Sinne sind; die Regierung hat die Erklärung abgegeben, sich danach richten zu wollen, die Erste Kammer soll aber dem Beschluß der Abgeordnetenkammer nicht begetreten sein. Auch im württembergischen Landtag sind die Bedingungen bei behördlichen Aufträgen beraten worden. In der Kommission wurden den Arbeitern günstige Bedingungen formuliert, die Regierung schwächte aber diese Bestimmungen wesentlich ab, und diese abgeschwächten Regierungsanträge fanden dann im Plenum die Mehrheit. Der bayerische Beschluß geht weiter, einen Fortschritt bedeutet aber auch der württembergische Beschluß. Auch die Stadt Mainz wird wahrscheinlich eine Lohnklausel einführen. Die Ausführungen des Medners gipfeln in einer Resolution, deren Hauptpunkte wie folgt lauten:

Unbeschadet der grundsätzlichen Forderung: Beseitigung des Submissionswesens und Ausführung der öffentlichen Arbeiten in Regie der staatlichen und kommunalen Körperschaften, erklärt der vierte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands sich verpflichtet, von den Behörden die strikte Ablehnung der Streikklausel zu verlangen.

Dagegen verweist der Gewerkschaftskongress auf die sog. Lohnklausel, mittels welcher schwer empfundene Mißstände, die sich aus dem Submissionsverfahren ergeben, zu beseitigen sind. Die Arbeits- und Lieferungsverträge sollen Klauseln enthalten, durch welche die Unternehmer von Arbeiten und Lieferungen verpflichtet werden, etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen genau innezuhalten, oder, wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern gefordert und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als rechtsverbindlich für sich anzuerkennen. Der Gewerkschaftskongress erachtet es als eine der hervorragendsten sozialpolitischen Aufgaben der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden, mit autem Beispiel voranzugehen und ihren Arbeits- und Lieferungsverträgen eine diesbezügliche Klausel einzufügen und die Innehaltung derselben zu überwachen.

Sassenbach-Berlin bekräftigt den Antrag: Der Gewerkschaftskongress ersucht die Behörden, bei Ausschreibungen die Bedingungen zu stellen, daß die Unternehmer verpflichtet sind, die Aufträge in eigenen Werkstätten auszuführen.

Knohl-Berlin: Das von mir vertretene Steinsechergewerbe ist am meisten von der Streikklausel betroffen. Gerade bei uns hat sich die Erfahrung gezeigt, daß die Streikklausel eine Menge Streiks hervorruft. Unsere Streiks haben sich sehr lange hinausgezögert, sind aber schließlich von den Arbeitern gewonnen worden. Die Unternehmer müßten schließlich immer klein belgeben, denn unserer Organisation gelang es stets, die Streikklausel gegen Bezug fast vermetlich abzuschleifen. Während der Streikdauer lagen natürlich die aufgerissenen Straßen offen. In vielen Fällen wurden sie mit Schotter zugeschüttet, der dann wieder herausgenommen werden mußte, was natürlich doppelte Kosten verursacht. Das Geld der Kommunen wird dadurch buchstäblich auf die Straße geworfen.

Prücker-Berlin bekräftigt, der Resolution Pappow ein Amendement anzufügen, wonach den Unternehmern verboten wird, die Aufträge in Zuchtshausarbeit zu vergeben.

Schmihl-Mannheim teilt mit, daß das in Mannheim probeweise eingeführte Mittelpreisverfahren wieder aufgehoben worden sei, obwohl sich ein Vertreter der Stadtverwaltung äußerte, daß das Unterbietungsverfahren ruinös wirke.

Ritter-Berlin tritt für den Antrag Sassenbach ein. Bei der Vergebung der Klaffen für den Schinselflug wurden von der Militärverwaltung 4,50 M. gezahlt. Durch die Vergebung an einen oder mehrere Zwischenmeister brachte sie es dahin, daß der die Klaffen amfertende Schneider nur 1,75 M. Lohn erhalten hat.

Odenthal-Hamburg teilt mit, daß bei einer Submission in Bamberg bei einem Stadauftrag das Höchstgebot 58 000 M., das niedrigste Gebot 10 000 M. betrug. Eine Remebur des ganzen Submissionswesens ist unabwendlich. Die Resolution Pappow trifft das richtige.

Röske-Hamburg weist auf die schweren Schädigungen des Korbmacher- und Bürstenmachersgewerbes durch das Submissionswesen und die Gefängnisarbeit hin.

Nachdem Starke-Weichselburg für die Resolution Pappow eingetreten ist, wird die Diskussion geschlossen.

Die Resolution Pappow wird einstimmig angenommen, außerdem der folgende Antrag der Buchbinder (Börsenstraße Hamburg): Der Gewerkschaftskongress erteilt der Generalkommission den Auftrag, eine Eingabe an die deutschen Bundesregierungen zu richten, in welcher die Abstellung aller Mißstände des Submissionswesens von Seiten des Staates gefordert wird und insbesondere die Zuchtshausarbeit im Interesse der deutschen Industrie auf die minimalste Grenze des freien Wettbewerbs eingeschränkt resp. verboten wird.

Damit ist der Antrag Sassenbach erledigt.

Der Antrag, betr. ein Verbot der Zuchtshausarbeit in die Resolution aufzunehmen, wird abgelehnt.

Börsenstraße schließt nach 2 Uhr die heutigen Verhandlungen. Nachmittags findet der Ausflug nach dem Hafenberg statt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wer einmal Gelegenheit hatte, sich mit dem Fahrpersonal der Leipziger Elektrischen Straßenbahn unterhalten zu können und seine berechtigten Klagen über Verhöhnung, Strafen, lange Dienstzeit u. anzuhehren, der sollte hoch glauben, daß diese Leute endlich einmal zu der Ueberzeugung kommen müßten, gegen solche Vorkommnisse einmal entschließen Front zu machen. Organisiert sind aber nur wenige Angestellte. Das wolle auch die Direktion, darum werden bei jedem Wechsel des Dienstplanes die Verhältnisse eher ungünstiger statt besser. Man scheint wenig Rücksicht auf die Führer und Schaffner zu nehmen, denn auf der Vinke Sildterly-Schönbachstraße-Wäckerplatz ist eine Dienstzeit von 14 bis 15 Stunden und von einer Pause kann überhaupt keine Rede sein, sowie fast auf sämtlichen Linien von einem Standwagen nichts zu entdecken ist. Ist jemand vom Fahrpersonal einmal durch die Ueberanstrengung soweit, daß er seinen Dienst nicht mehr verrichten kann und melbet er sich krank, so muß die Reserve für ihn eintreten, die aber dafür nichts vergütet bekommt. Da aber auch der Kranke kein Gehalt während seiner Krankheit bezieht, so hat die Gesellschaft noch einen Vorteil. Beim Streik 1899 hat Herr Direktor Zeise gegenüber der damaligen Kommission das Versprechen gegeben, er werde dafür sorgen, daß jeder Angestellte im Jahr einen dreitägigen Urlaub erhält. Es scheint, als habe der Herr Direktor dieses Versprechen vergessen. Wie steht es übrigens mit der Ausführung der Verlegung, wonach jeder Angestellte, der 5 1/2 Jahre im Dienste der Gesellschaft steht, eine Zulage von 5 M. pro Monat erhält? Die alten Leute warten schon seit November v. J. auf diese Zulage, ohne bis jetzt etwas erhalten zu haben. Eine Beschwerdekommmission ist zwar vorhanden, sie hat aber nur geringe oder gar keine Bedeutung, denn bis heute hat man noch nicht gehört, daß sie etwas geleistet habe. Eine Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse kann aber nur dann erwartet werden, wenn die Arbeiter alle eintreten. Darum sollen sie sich Mann für Mann der Organisation anschließen. K. G.

Nachdem es in Leipzig schon seit Jahren üblich und als selbstverständlich betrachtet wird, daß bei den Wahlen für die Vertreter der Ortskrankenkasse nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gewählt werden, sollte man meinen, daß dies bei den freien Hilfskassen, die doch zum allergrößten Teil Gewerkschaftslisten sind, auch der Fall sei. Dem ist aber leider nicht so. Man findet oft Leute in den Verwaltungen dieser Kassen, die überhaupt nicht organisiert sind. Daß diese Zustände als unwürdige bezeichnet werden müssen, wird wohl jeder aufgeklärte Arbeiter einsehen. Es muß deshalb jeder nach Kräften dafür eintreten, daß künftig nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in die Verwaltungen der freien Hilfskassen gewählt werden. N.

Ein großer Teil der Barbier- und Friseurgehilfen hat bisher geglaubt, ihre Forderungen von den Prinzipalen anhandslos zu wägen zu erhalten. Nimmermehr sehen sie sich bitter getäuscht. Es wäre auch zu schön gewesen, ihre Lage auf so einfache Weise zu verbessern, um dann wieder in den hypochondrischen Zustand zu verfallen, aus dem sie plötzlich aufgerüttelt worden sind. Doch so einfach ist die Sache nicht, wie diese Leute das glauben. Nur durch Organisation läßt sich hier etwas erzielen. Zu der Ueberzeugung sollen die Barbiergehilfen nun endlich gelangt sein, daß eine Zersplitterung der Kräfte, wie das in Leipzig der Fall ist, unzulänglich zum Ziele führen kann. Verschlechterungen statt Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse, willkürliche Lohnreduktionen u., sind das Resultat dieser verkehrten Taktik. Diskutieren wir doch einmal den Arbeitgebern unsere Forderungen. Das kann natürlich nur durch eine starke Gehilfenorganisation geschehen, ohne diese ist es nicht möglich, eine Verbesserung der Lage der Gehilfen und wirklich durchgreifende Reformen in unserem Gewerbe durchzuführen, sowie die Arbeitslosigkeit, die Folge maßloser Beihilfsgeldgeber, zu bannen. Es ist an der Zeit, daß die Gehilfen das einsehen und beherzigen. Fragen von tiefer Bedeutung für die Gehilfenschaft bedürfen einer Regelung, so daß es keiner unterlassen sollte, sich der Vereinigung anzuschließen, deren Bestreben dahin gerichtet ist, diese die Gehilfeninteressen aufs empfindlichste schädigenden Anschläge der Prinzipale zu durchkreuzen. B.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgeseht thätig für die Werbung
neuer Abonnenten!